



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

BMZ KONZEPTE 161

Konzept für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Abkürzungsverzeichnis	5
I Lateinamerika: Interessen, Entwicklungstendenzen und Herausforderungen	7
II Wirksamkeit und Sichtbarkeit der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika erhöhen	16
1. Schwerpunkte setzen, thematisches Profil schärfen	16
1.1 Neue Akzente im Schwerpunkt „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Teilhabe der Armen (good governance)“ setzen	16
1.2 Umwelt- und Klimaschutz konsolidieren	18
1.3 Städtische Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung fortführen und Dialog um „Wasser“ intensivieren	19
2. Formen der Zusammenarbeit (modes of delivery) anpassen	20
2.1 Länderübergreifende EZ ausbauen und Spielraum für neue Themen nutzen	20
2.2 „Strategische Partnerschaft“ mit CEPAL und IDB sowie Zusammenarbeit mit den subregionalen Entwicklungsbanken ausbauen	21
2.3 Harmonisierung intensivieren und gemeinsame Instrumente (PBA und PGF) stärken	22
2.4 Zusätzliche Mittel durch Entwicklungskredite, Kombifinanzierungen und PPP mobilisieren	23
2.5 Ankerländer und Schwellenländer: Dialog und Dreieckskooperation ausbauen	24
3. Politischen Dialog Europas mit Lateinamerika unterstützen, auf Kohärenz achten	24
III Schlussbemerkungen	26
Anhang: Schaubilder und Tabellen	27

Zusammenfassung

I. Lateinamerika: Interessen, Entwicklungstendenzen und Herausforderungen

- Lateinamerika und die Karibik sind für Deutschland und Europa wichtige Partner bei der Mitgestaltung der globalen Rahmenbedingungen, beim Klimaschutz und der Erhaltung der Artenvielfalt, im internationalen Handel und in der Sicherheitspolitik.
- Entwicklungspolitische Herausforderungen und Ansatzpunkte liegen vor allem in der Verbesserung der Regierungsführung und der Konsolidierung der Demokratie, der Überwindung der enormen sozialen Ungleichheit und der hohen Armut, dem Schutz der großen, weiter schrumpfenden Tropenwälder, der Förderung von nachhaltigen Energien sowie der regionalen wirtschaftlichen und politischen Integration, die uneinheitlich und schleichend voranschreitet.
- Um die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen, müssen die Regierungen Lateinamerikas noch wesentlich stärker armutsorientiert vorgehen und zusätzliches privates Kapital für Entwicklung mobilisieren. Die deutsche EZ kann dazu beitragen. Sie wird nach wie vor als kompetenter Partner angesehen, ihre Leistungen bleiben nachgefragt.

II. Wirksamkeit und Sichtbarkeit der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika steigern

Um dies zu erreichen wollen wir

1. Schwerpunkte setzen, thematisches Profil schärfen

- **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Teilhabe der Armen stärken:** Innerhalb dieses bereits bestehenden Schwerpunktes der Zusammenarbeit soll eine Akzentverschiebung auf „**Stärkung des Rechtsstaates und demokratischer Kontrollinstanzen sowie politische Partizipation**“ (einschließlich Frauenrechte und Rechte der Indigenen) sowie auf „**verantwortungsvolle Regierungsführung im Bereich der öffentlichen Finanzen einschließlich des Monitorings der Armutsminderungsstrategien**“ stattfinden. In Ländern mit Konfliktpotenzialen bleibt Krisenprävention ein wichtiges Querschnittsthema.
- **Umwelt und Klimaschutz:** Der Schutz natürlicher Ressourcen (Tropenwald- und Artenschutz) und die Förderung nachhaltiger Energien (erneuerbare Energien/Energieeffizienz) sollen auf hohem Niveau fortgeführt bzw. weiter ausgebaut werden.
- **Städtische Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung:** Das laufende Engagement wird konsolidiert. Insbesondere eine stärkere Mitgestaltung des politischen und **gesellschaftlichen Dialogs** um die Ressource (Trink-) Wasser ist gefragt.

2. Formen der Zusammenarbeit (modes of delivery) verändern

- Die **länderübergreifende EZ** und **länderübergreifende Dialoge** sollen **ausgebaut und neue Themen bearbeitet werden**. Erstens sollen **Tropenwaldschutz und nachhaltige Energien** (erneuerbare Energien/Energieeffizienz) komplementär zu den bilateralen Schwerpunkten ausgebaut werden. Zweitens sollen global oder regional wichtige Themen unterstützt werden. In den nächsten Jahren sollen dies sein:
 - **Förderung regionaler Vorhaben und politischer Dialoge** über „Frauenrechte und Gender“, „Jugend und Gewalt in Zentralamerika“, „soziale Kohäsion“ und „progressive Steuerreformen“;
 - **Bekämpfung von HIV/AIDS**;
 - **Förderung regionaler Integration**.
- Die „**strategischen Partnerschaften**“ mit **der CEPAL (ECLAC) und der IDB** sollen als Plattform für den politischen Dialog weiter **ausgebaut** werden. Das Portfolio der IDB wie auch der subregionalen Entwicklungsbanken (BCIE, CAF) sollte im Sinne noch größerer Nachhaltigkeit und noch stärkerer Armutsorientierung weiter entwickelt werden.
- Die **Harmonisierung** der deutschen EZ mit anderen Gebern und der **zunehmende Einsatz gemeinsamer Instrumente** Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung, (PGF) bleiben wichtig, insbesondere in den Ländern, die bereits Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung von Paris (Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, März 2005) gemacht haben.
- Die **Mobilisierung zusätzlicher (marktnaher) Mittel** über Instrumente wie Entwick-

lungs- und Förderkredite bietet sich insbesondere in den fortgeschritteneren Ländern Lateinamerikas und in Sektoren wie Energie, industrieller Umweltschutz, Mikrokredite (KKMU-Förderung) und Wasserversorgung an.

- Durch Bündelung innovativer Ansätze in Forschung, Politik, Wirtschaft und Handel soll der Dialog und der Austausch mit **Ankerländern** wie Mexiko und Brasilien gestärkt werden. Der Schutz globaler öffentlicher Güter, Technologiepolitik und wissenschaftlicher Austausch sowie die soziale Dimension der Globalisierung werden zu den künftigen Themen gehören. Auch Ansätze der **Dreieckskooperation**, die die Schwellenländer Lateinamerikas bei ihrer Süd-Süd-Kooperation unterstützen, sollen entsprechend der jeweiligen Stärken (zum Beispiel industrieller Umweltschutz) auf- bzw. ausgebaut werden.

3. Dialog EU – Lateinamerika unterstützen, auf Kohärenz achten

Im Zuge der laufenden Assoziierungsverhandlungen der EU mit den lateinamerikanischen Subregionen sollen sowohl die Schwerpunktthemen der bilateralen und länderübergreifenden deutschen Entwicklungszusammenarbeit als auch die Themen „soziale Kohäsion“, „Gleichstellung der Geschlechter“, „Rechte der indigenen Bevölkerung“ und „entwicklungskonforme Gestaltung globaler Strukturen“ verstärkt Gegenstand des biregionalen Dialogs werden.

Zugleich geht es dem BMZ darum, deutsche entwicklungspolitische Interessen noch stärker als bisher sowohl in der deutschen und europäischen Politik als auch bei der Mitgestaltung internationaler Rahmenbedingungen (zum Beispiel EU-Agrarmarktfragen, WTO-Verhandlungen, etc.) und in den Strategien wichtiger internationaler Akteure wie Weltbank und EU-Kommission geltend zu machen. Ziel ist eine noch ganzheitlichere, noch kohärentere Zusammenarbeit mit unseren lateinamerikanischen Partnern.

Abkürzungsverzeichnis

ALBA	Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América
BCIE	Banco Centroamericano de Integración Económica
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CAF	Corporación Andina de Fomento
CAN	Comunidad Andina de Naciones, Andengemeinschaft
CARICOM	Caribbean Community
CARIFORUM	Caribbean Forum
CDB	Caribbean Development Bank
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women
CEPAL	Comisión Económica para América Latina, VN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft GmbH
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FLEGT	Forest Law Enforcement, Governance and Trade
FRA	Forest Resources Assessment
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
HDR	Human Development Report
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development (Weltbank)
IDA	International Development Association (Weltbank)
IDB	Inter-American Development Bank, Interamerikanische Entwicklungsbank
ILO	International Labour Organization

InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH
IOM	International Organization for Migration
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IPF/IFF/UNFF	Intergovernmental Panel on Forests (1995 bis 1997), Intergovernmental Forum on Forests“ (1997 bis 2000), United Nations Forum on Forests (seit 2001)
(K)KMU	(Sehr kleine), kleine und mittlere Unternehmen
MDGs	Millennium Development Goals, Millenniumsentwicklungsziele
MDRI	Multilateral Debt Relief Initiative
Mercosur	Mercado Común del Sur
NGO	Non-Governmental Organization
LAK	Lateinamerika und Karibik
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PBA	Programme Based Approaches
PGF	Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung
PPP	Public Private Partnership
SICA	Sistema de la Integración Centroamericana
SWAP	Sector Wide Approach, sektorweiter Ansatz von Gebern und Regierung
TZ	Technische Zusammenarbeit
UNCBD	United Nations Convention on Biological Diversity
UNCCD	United Nations Convention to Combat Desertification
UNDP	United Nations Development Programme
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
VN	Vereinte Nationen
WDR	World Development Report, Weltentwicklungsbericht der Weltbank
WTO	World Trade Organization

I Lateinamerika: Interessen, Entwicklungstendenzen und Herausforderungen

1. Das Interesse öffentlicher Medien an Lateinamerika ist mäßig – unser politisches und wirtschaftliches Interesse hingegen ist groß und nimmt weiter zu

In den letzten Jahren haben Lateinamerika und die Karibik vergleichsweise wenig Schlagzeilen gemacht. Dennoch – oder vielleicht gerade deshalb, denn Schlagzeilen haben gewöhnlich viel mit aktuellen politischen und militärischen Konflikten und Krisen zu tun – hat die Region für Deutschland und Europa an Bedeutung hinzugewonnen:

- Lateinamerika ist ein zunehmend aktiver und gewichtiger Partner bei der Mitgestaltung globaler Regeln und Institutionen. Regelwerke wie das der WTO, der Klimarahmenkonvention und der Biodiversitätskonvention werden von den großen und dynamischen Ländern der Region mittlerweile aktiv mitgestaltet. Enge kulturelle Beziehungen und gemeinsame Wertvorstellungen (Religionsfreiheit, Demokratie, marktwirtschaftliche Orientierung) erhöhen das Vertrauen und erleichtern die Zusammenarbeit erheblich. Ähnlich wie der Europäischen Union ist Lateinamerika am Ausbau und der Verbesserung der VN und anderer multilateraler Institutionen gelegen. Die Region wird dadurch zu einem unverzichtbaren politischen Partner bei der Ausgestaltung globaler Rahmenbedingungen.
- Die Bewahrung der großen Tropenwälder und Ökosysteme Lateinamerikas und ein geringerer Ausstoß von Treibhausgasen sind notwendig, wenn der globale Klimawandel und das globale Artensterben gebremst werden sollen.
- Lateinamerika ist ein wichtiger **Wirtschafts- und Handelspartner** und seit Jahrzehnten bedeutender Standort deutscher Investitionen.¹ Die strategische Bedeutung der Region als Exporteur von Rohstoffen (Erze, Erdöl) und Agrar(industrie)produkten (Nahrungs- und Futtermittel, Agrartreibstoffe) ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Die Bedeutung der Region als Importeur europäischer Waren und Dienstleistungen wird in Abhängigkeit von der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung und der regionalen wirtschaftlichen und politischen Integration weiter zunehmen.
- Europa hat auch **sicherheitspolitische Interessen** in der Region. Die Bekämpfung von Drogenproduktion und -transit (Kokain, Marihuana, Heroin), die Stabilisierung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse auch zur Vermeidung von Migrationswellen, wie sie in der Vergangenheit immer wieder auch Europa (vor allem Spanien) erreicht haben, und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sind heute und in Zukunft wichtige Bereiche der Zusammenarbeit.

¹ Der deutsche Investitionsbestand liegt aufgrund der vor allem in den 70er Jahren starken Investitionen im Automobilssektor in Mexiko und Brasilien heute bei über 40 Milliarden US-Dollar und ist somit nach den USA und Spanien der dritthöchste. In jüngster Zeit haben Rohstoff-sicherungsinvestitionen vor allem aus China für Aufsehen gesorgt.

Lateinamerika ist ein vertrauter Partner, der an der Lösung globaler Herausforderungen konstruktiv mitwirken will und kann. Hierfür muss die Region den sich in den letzten Jahren beschleunigenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandel erfolgreich bewältigen. Dieser Wandel ist uneinheitlich, noch uneinheitlicher aber sind die gesuchten Lösungsansätze. Insgesamt können jedoch folgende Entwicklungstendenzen und Herausforderungen hervorgehoben werden:

2. Lateinamerika wird demokratisch regiert – aber „gute Regierungsführung“ und „Regierbarkeit“ sind nicht gesichert

Keine andere Entwicklungsländerregion wird so demokratisch regiert wie Lateinamerika. Governance-Indikatoren wie die der Weltbank und der Bertelsmann-Stiftung belegen, dass die Regierungssysteme Lateinamerikas im internationalen Vergleich relativ leistungsfähig sind. Die in den 80er und 90er Jahren fast überall (wieder-)entstandenen demokratischen Systeme garantieren ein vergleichsweise hohes Maß an individuellen Freiheiten. Bürgerrechte, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Menschenrechte werden von benachteiligten Gruppen wie beispielsweise den Indigenen immer stärker eingefordert und insgesamt besser als früher gewährleistet.² Die Fortschritte bei der Einbeziehung der indigenen Bevölkerung,³ der Gleichstellung der Geschlechter und nicht zuletzt bei der Armutsbekämpfung sind jedoch immer noch deutlich zu gering. Ineffiziente, finanziell wie personell unterausgestattete staatliche Strukturen, in denen zentrale

und dezentrale Elemente oft eher gegen- als miteinander arbeiten, sowie korrupte und klientelistische Organisationskulturen sind hierbei grundlegende Probleme. An ihnen wurde in einem Umfeld, das seit den 90er Jahren stark vom Glauben an einen „minimalen Staat“ geprägt war, bislang nur wenig geändert.⁴ Neuerdings haben wenig kohärente, kurzlebige Politikkonzepte, die an den Populismus früherer Jahrzehnte anknüpfen, Konjunktur. Die Unzufriedenheit mit Quantität und Qualität staatlicher Leistungen ist in vielen Ländern sehr hoch, die Skepsis gegenüber der Demokratie und ihren Institutionen entsprechend groß. Nur 58 Prozent der Lateinamerikaner halten die Demokratie für die beste Regierungsform und nur 13 Prozent verbinden sie mit Werten wie „Gleichheit und Gerechtigkeit“.⁵

In vielen Gesellschaften, vor allem in den Andenländern (Bolivien, Ecuador, Peru), hat dies zu schwierigen Umbrüchen geführt, die noch nicht abgeschlossen sind und die die Regierbarkeit einiger Länder zwischenzeitlich erheblich eingeschränkt haben. Die sozialen und ethnischen Konflikte haben oft an Schärfe zugenommen, in einigen Fällen auch die regionalen Konflikte im Inneren der Länder.⁶ Die traditionellen Eliten und Parteien werden zum Teil massiv hinterfragt und abgewählt. Reformen, wie sie von neuen sozialen Bewegungen eingefordert werden, bedürfen jedoch eindeutiger politischer Mehrheiten bzw. eines umfassenden nationalen Konsenses, der nur in wenigen Ländern gegeben ist. Ein solcher Konsens kann nur durch Bewahrung und Ausbau einer demokratischen Dialogkultur erreicht werden.

2 Die ILO-Konvention Nr. 169 über Indigene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern ist seit 1991 in Kraft. Sie wurde in Lateinamerika bisher von Argentinien, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Dominikanischer Republik, Ecuador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Paraguay, Peru und Venezuela ratifiziert.

3 Indigene Völker stellen mit 40 bis 50 Millionen Menschen zwischen 8 und 10 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas. In Ecuador, Guatemala und Bolivien sind sie die größte ethnisch definierte Bevölkerungsgruppe bzw. Mehrheit.

4 Vgl. Perry, G. (2006), „Poverty Reduction and Growth: Virtuous and Vicious Circles“, Washington, D.C., Weltbank und World Development Report 2006.

5 Latinobarómetro 2006. 34 Prozent bzw. 22 Prozent glauben, dass Demokratie auch ohne Parteien bzw. ohne Parteien und Kongress möglich sei. Siehe auch UNDP 2004: Democracy in Latin America, New York.

6 Innerstaatliche Konflikte sind insbesondere in Mexiko (Nord-Süd), Ecuador und Bolivien (Tiefland-Hochland) gewachsen bzw. ungelöst.

3. Das jüngste Wirtschaftswachstum erhöht die Entwicklungschancen – niedrige Wettbewerbsfähigkeit, Armut, soziale Ungleichheit und fehlende Gleichberechtigung bleiben jedoch zentrale Probleme

Nach fünf Jahren der Stagnation hat sich die lateinamerikanische Wirtschaft in den Jahren 2004 bis 2007 mit Wachstumsraten von über vier Prozent pro Jahr deutlich erholt. Hauptverantwortlich dafür ist vor dem Hintergrund des Wirtschaftsbooms in Asien (China, Indien etc.) der Nachfrage- und Preisanstieg bei den Rohstoffen, die unverändert den Großteil der Exporte Lateinamerikas ausmachen. Auch haben die Direktinvestitionen in Bergbau, Metall- und Agrarindustrie aus Asien (vor allem China) einen erheblichen Umfang erreicht.⁷ Zugleich sind die Staatseinnahmen und die Devisenreserven vieler Länder Lateinamerikas gewachsen. Die Auslandsverschuldung konnte in einigen größeren Ländern aus eigener Kraft, in den ärmeren Ländern durch die internationalen Entschuldungsinitiativen (HIPC, MDRI, IDB-Entschuldungsinitiative) deutlich gesenkt werden. Der Zugang zu den hoch liquiden internationalen Finanzmärkten hat sich deutlich verbessert. Auch hat der Zustrom der Rücküberweisungen der lateinamerikanischen Migrantinnen und Migranten an ihre Familien extrem zugenommen: Er ist heute mit über 50 Milliarden US-Dollar pro Jahr über sechs mal höher als die Netto-Zuflüsse an ODA für Lateinamerika. Lateinamerika erhält heute etwa acht bis zehn Prozent der weltweiten ODA, aber den größten Teil – rund ein Drittel – der weltweiten *remittances*. Migration und Rücküberweisungen stabilisieren zwar die finanzielle Lage vieler

armer Familien, sind aus entwicklungspolitischer Sicht aber teilweise auch problematisch, unter anderem durch das Übergewicht konsumtiver Verwendung der Mittel, durch indirekte Aufwertung der Wechselkurse in den Empfängerländern (*dutch disease*) und durch die familiäre Desintegration.⁸

Festzuhalten bleibt, dass sich der finanzielle Handlungsspielraum für die Bekämpfung der Armut und für die Erreichung der Millenniumsziele grundsätzlich deutlich erhöht hat. Kernfrage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist jedoch, wie die Region ihre einseitige Abhängigkeit von Rohstoffexporten überwindet, wie sie im Zuge voranschreitender Globalisierung bei wachsendem Konkurrenzdruck aus Asien im Industriesektor (unter anderem Textilien, Spielzeug, Elektronik etc.) und aus Europa/Nordamerika im Dienstleistungssektor (Banken, Versicherungen, Logistik) international wettbewerbsfähige Strukturen aufbaut. Unabdingbar sind dafür unter anderem der Sprung in die „Wissensgesellschaft“ und aktive Technologiepolitiken (unter anderem durch Verbesserung der weiterführenden Bildung, Ausbildung und Forschung), die oft angekündigte und beschworene, in Wahrheit aber immer noch ausstehende engere wirtschaftliche und politische regionale Integration und eine schrittweise Weltmarktintegration. Die Einsicht wächst, dass all dies im Gegensatz zu den in Lateinamerika in den letzten 15 Jahren dominierenden Rezepten nicht ausschließlich über „mehr Markt“ erreicht werden kann. So haben die Investitionen des Privatsektors selbst in ihrer Hochphase zum Ende der 90er Jahre den Rückgang öffentlicher Investitionen nie kompensiert. Umkämpfte Preissteigerungen, wenig gelun-

7 OECD 2007: The visible hand of China in Latin America; Domínguez, Jorge: Chinas Relations with Latin America, Inter-American Dialogue 6/2006. Die immense chinesische Nachfrage nach Rohstoffen kommt Lateinamerika zugute, verstärkt aber seine Spezialisierung auf wenig wertschöpfungsintensive Branchen. Seine Exporte nach China stiegen zwischen 2001 und 2005 um jährlich 60 Prozent und erreichten 50 Milliarden USD. Lateinamerika war in den vergangenen Jahren das Hauptziel (30 bis 50 Prozent) chinesischer Direktinvestitionen (2004: 6,5 Milliarden USD).

8 Fajnzylber/López 2007: The Development Impact of Remittances in Latin America, World Bank; IOM 2005: World Migration Report 2005 und CEPAL 2006.

genes Management auf privater, vielfach aber auch intransparente und inkonsistente Regulierungen auf staatlicher Seite und überzogene Erwartungen der Bürger haben zu Ernüchterung auf allen Seiten – auch der privaten Investoren – geführt.⁹ Kernfrage ist nun, wie die Investitionen in Infrastruktur, die in Lateinamerika weniger als zwei Prozent des BIP ausmachen und die laut Weltbank drei Prozent bis sechs Prozent betragen müssten, um mit China oder Korea mithalten, mittelfristig gesteigert werden können. Die Herausforderung für Lateinamerika besteht mithin darin, wieder „mehr Staat zu wagen“ und gleichzeitig auch einen „besseren“, handlungsfähigen Staat zu erreichen, der in der Lage ist, Märkte zu fördern und zu regulieren und Investitionen in öffentliche Güter zu steigern, der daneben aber auch Steuergelder eintreibt, Strukturreformen (zum Beispiel Landreformen) durchführt, das Gewaltmonopol sicherstellt und für Rechtssicherheit sorgt. Gesucht wird nach flexiblen Entwicklungsmodellen jenseits der orthodox-marktliberalen Rezepte des „Washington Consensus“, die die positiven Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung erkennen und fördern und somit der direkten Bekämpfung von Armut und Ungleichheit einen hohen Stellenwert einräumen. Der hierfür notwendige institutionelle Wandel ist ein komplexer Suchprozess, für den es keine Blaupausen gibt und der daher länderspezifisch analysiert und vorangetrieben werden muss, wie die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) in ihrem Flagship Report von 2006 hervorhebt.¹⁰

Seit 1990 sind die Fortschritte bei der Armutsminderung in Lateinamerika insgesamt eher

bescheiden. Laut Weltbank ist der Anteil der Armen (unter zwei US-Dollar Kaufkraft pro Tag) in Lateinamerika zwischen 1990 und 2001 nur wenig – von 28,4 Prozent auf 24,5 Prozent – gesunken, der Anteil der extrem Armen (unter einem US-Dollar Kaufkraft pro Tag) von 11,3 Prozent auf 8,9 Prozent. Die CEPAL hat aktuellere Daten und konstatiert vor allem für die **Jahre 2003 bis 2007 Erfolge bei der Armutsminderung – insbesondere der Anteil der extrem Armen sei deutlich zurückgegangen.** Laut CEPAL gibt es außerdem erstmals seit 1990 weniger als 200 Millionen Arme.¹¹ Diese positive Entwicklung fand vor dem Hintergrund des hohen Wirtschaftswachstums der Region 2003 bis 2007, den seit den 90er Jahren kontinuierlich steigenden Rücküberweisungen, den schrumpfenden Familiengrößen und einiger großer Sozialprogramme (vor allem in Brasilien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Mexiko) statt.

Die Fortschritte bei der Armutsminderung fallen aber unterschiedlich aus. Nur Chile, Panama und Ecuador haben gleichermaßen Erfolge bei der Reduzierung der „normalen“ wie der extremen Armut gehabt. Gut bei der Reduzierung extremer Armut schneiden Brasilien, Mexiko, Peru und Venezuela und eingeschränkt El Salvador ab. Schlusslichter mit (zum Teil sehr) unbefriedigender Entwicklung bei Armut und extremer Armut sind vor allem Bolivien, gefolgt von Paraguay, Honduras, Guatemala, Dominikanischer Republik, Uruguay und Nicaragua.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betreffen immer noch mehr als ein Drittel der Bevölkerung Lateinamerikas. **Mit einem Gini-Index von 0,51 weist außerdem keine Region der Welt**

9 Die Befürworter von Privatisierungen sind heute in der Minderheit: 1998 sahen 45 Prozent sie positiv, 2005 nur noch 31 Prozent, vgl. *Latinobarómetro 2005* und Fay, M. (World Bank) 2007: *Infrastructure in Latin America and the Caribbean*.

10 IDB, 2006: *The Politics of Policies*, Washington.

11 Die Weltbank-Daten (WDR 2007) sind international vergleichbarer, da Kaufkraftparitäten berechnet werden, aber weniger aktuell. Die Daten der CEPAL (*Panorama Social 2007*) basieren auf Haushaltsumfragen und auf der Berechnung von Warenkörben für Grundnahrungsmittel. Im Jahr 1990 waren demnach 48,3 Prozent der Bevölkerung arm und 22,5 Prozent extrem arm, 2002 waren es 44 Prozent bzw. 19,4 Prozent, 2005 39,8 Prozent bzw. 15,4 Prozent und 2007 35,1 Prozent bzw. 12,7 Prozent.

höhere Einkommensunterschiede auf.¹² Dies ist die Wurzel der hohen, vor allem in den Städten weiter wachsenden Gewalt und Kriminalität.

Bei Fortschreibung der bestehenden Tendenzen können bis 2015 in der „Mittleinkommensregion Lateinamerika“ viele, aber nicht alle Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden. Besonders die mit dem ersten Millenniums-Entwicklungsziel angestrebte Halbierung der absoluten Armut, ebenso aber auch die Senkung der Müttersterblichkeit und eine erfolgreichere HIV/AIDS-Bekämpfung werden schwierig zu erreichen sein. Ziele in den Bereichen Grundbildung und Kindersterblichkeit liegen dagegen in Reichweite.¹³

Auch wichtige Genderziele wie der Zugang aller Mädchen zur Schule oder eine stärkere Beteiligung von Frauen in der Politik sind größtenteils in Reichweite. **Trotz dieser Fortschritte ist die Gleichberechtigung der Frauen in Lateinamerika aber noch lange nicht erreicht:** Die Erwerbstätigkeitsquote von Frauen ist zwar hoch (44,7 Prozent), sie haben aber die weniger sicheren, geringer qualifizierten und niedriger bezahlten Stellen und erhalten daher nur 30 Prozent des Gesamteinkommens. Armut ist unter Frauen – zumal unter indigenen Frauen auf dem Land – wesentlich stärker verbreitet als unter Männern, unter anderem auch deswegen, weil mittlerweile ein Drittel aller Haushalte in Lateinamerika alleine von einer Frau geführt werden. Zugleich sind Frauen auch häufig Opfer von Gewalt. Mindestens ein Drittel der Frauen in den Andenländern gibt an, schon einmal Opfer häuslicher Gewalt geworden zu sein; in Zentralamerika haben in den letzten Jahren Frauenmorde weiter zugenommen. In der Region sind zudem religiöse, teilweise fundamentalistische Kräfte stärker ge-

worden, die insbesondere in der Frage der reproduktiven Rechte der Frauen und der Moral sehr konservative Haltungen vertreten und diese zunehmend in die Politik tragen. Totale Verbote des Schwangerschaftsabbruchs aber, wie sie derzeit in Nicaragua, El Salvador und Chile bestehen, setzen nicht nur das Leben von Frauen bei lebensgefährlichen Komplikationen in der Schwangerschaft aufs Spiel – sie erschweren und verschlechtern auch ihre medizinische Versorgung, da das medizinische Personal verunsichert wird und vor notwendigen Behandlungen zurückschreckt. Wo solche Gesetze umgesetzt werden, dürfte die Müttersterblichkeit, die in zehn Ländern der Region mit über 100 (in Nicaragua über 200) je 100.000 Geburten viermal höher als in den Industrieländern ist, noch weiter steigen.

Hoffnung hingegen macht die zunehmende Beteiligung der Frauen an der Politik: Der Anteil der Parlamentarierinnen stieg in den letzten 18 Jahren stärker an als anderswo und ist heute mit gut 20 Prozent ebenso hoch – bzw. ebenso niedrig – wie in den Industrieländern. Und in Chile und Argentinien wurden mit Michelle Bachelet im Jahr 2005 und Cristina Fernandez im Jahr 2007 Frauen zu Regierungschefs gewählt.

4. Bestimmende Faktoren für die unzureichenden Fortschritte bei einigen Millenniumszielen sind die niedrigen, sozial unausgewogenen Staatseinnahmen und Staatsausgaben

Die Steuerquote zwischen 1990 und 2005 lag bei durchschnittlich 15 Prozent. Das ist auch im internationalen Vergleich sehr wenig – in den Industrieländern liegt die Steuerquote bei durchschnitt-

¹² Eine besonders ungleiche Verteilung weisen Brasilien, Bolivien, Honduras und Kolumbien auf (Gini Index ca. 0,6). Einige afrikanische Länder (Subsahara) haben i.Ü. ähnlich schlechte Werte. Eine bessere Verteilung, ähnlich wie die USA, weisen Uruguay und Costa Rica mit Gini-Indizes von unter 0,48 auf, vgl. CEPAL 2006.

¹³ Vgl. CEPAL, Panorama Social 2007. Siehe auch Schaubild 3 im Anhang.

lich 36, in China bei 17, in Indien bei 18, in Südkorea bei 24, in Südasien bei 13 bis 17 und Zentralasien bei 15 bis 28 Prozent.¹⁴ Der überhöhte Anteil an Mehrwertsteuern und der extrem niedrige Anteil direkter Steuern (Einkommenssteuer) führt zudem zu einer Bevorzugung der Reichen.¹⁵

Bei den staatlichen Sozialausgaben bestehen neben sozialen Grunddiensten überwiegend subventionierte Sozialversicherungssysteme (Renten, Gesundheit), die aber die Mehrheit der Landbevölkerung und einen großen Teil (rund ein Drittel) der städtischen Bevölkerung nicht erreichen. Viele Arme haben somit keinerlei staatliche Sicherung. Auch subventionierte Dienstleistungen wie Elektrizität, Wasser und zum Teil auch Bildung (außer Grundbildung) wirken in der Praxis oft regressiv, da sie häufig wohlhabendere Stadtteile bedienen bzw. weil sich Wohlhabendere den regulären Abgaben durch korrupte Praktiken entziehen können.

Politik und Gesellschaft haben dies teilweise erkannt. Die Sozialausgaben pro Kopf sind zwischen 1990 und 2001 um über vier Prozent pro Jahr gestiegen, sie haben heute einen Anteil von rund 16 Prozent am BIP.¹⁶ Ausreichend mit nationalen Mitteln ausgestattete „Sozialassistenzenprogramme“, die konditionierte Direkttransfers an arme Familien (Bedingung ist zum Beispiel regelmäßiger Schulbesuch) vergeben, wie „Bolsa Familia“ in Brasilien oder „Oportunidades“ in Mexiko, können eine viel stärkere Armutsminderung bewirken und tragen sogar aktiv zu einer Minderung der

Ungleichheit (Gini-Index) bei.¹⁷ Auch Landreformen, Beschäftigungspolitiken für die Armen (Mikrokredite, Berufsausbildung etc.) oder Verbesserungen für den Niedriglohnsektor werden noch zu wenig eingesetzt.

5. Der Tropenwald in der grünsten Region der Erde schrumpft weiter – Gefahr für Weltklima und Artenreichtum

Keine andere Region der Welt hat so viele geschützte und ökologisch wertvolle Flächen.¹⁸ Dennoch ist der Bestand an intaktem Tropenwald weiter geschrumpft. Zwischen 2000 und 2005 gingen in Lateinamerika über 230.000 Quadratkilometer Wald verloren, das entspricht zwei Dritteln der Fläche der Bundesrepublik.¹⁹ Entwaldung und Waldbrände tragen weltweit zu rund einem Viertel des Kohlendioxidausstoßes bei, Lateinamerikas Anteil daran wird auf 30 bis 45 Prozent geschätzt.²⁰ Dieser Umgang mit den lateinamerikanischen Tropenwäldern birgt somit erhebliche zusätzliche Risiken für den weltweiten Klimawandel und den Artenreichtum und macht die Region noch verwundbarer für extreme Klimaphänomene (Wirbelstürme, Überschwemmungen, Dürren), die schon heute einen hohen Preis fordern. Allerdings ist das **Umweltbewusstsein in der lateinamerikanischen Gesellschaft stetig gestiegen – und verbessert so zumindest mittelfristig die Voraussetzungen für nachhaltigen Umweltschutz.** Auch die Bedeutung der enormen Trinkwasserressourcen des Amazonas-

14 Extrem niedrig im Vergleich zum BIP pro Kopf sind die Steuerquoten in Lateinamerika vor allem in Mexiko, Kolumbien, Paraguay, Guatemala, Argentinien, Costa Rica, El Salvador und Chile, vgl. Perry, G. (2006), "Poverty Reduction and Growth: Virtuous and Vicious Circles", Washington, D.C., Weltbank.

15 Die CEPAL geht davon aus, dass die „Steuerquoten-Lücke“ Lateinamerikas etwa 4 Prozent-Punkte beträgt – die Steuerquote könnte somit bei 20 Prozent liegen, ohne dass die Region an internationaler Wettbewerbsfähigkeit einbüßen würde. CEPAL 2006 (Gómez-Sabaini, J.): Cohesión Social, Equidad y Tributación, Santiago de Chile.

16 CEPAL, Panorama Social 2006. Dies geht zu einem guten Teil auf die Alterung der Gesellschaften zurück – die Bevölkerung in Lateinamerika wächst derzeit nur noch um 1,6 Prozent pro Jahr (70er Jahre: 2,6 Prozent).

17 IPC 2007: Conditional cash transfers in Brazil, Chile and Mexico: impacts upon inequality.

18 11,1 Prozent der Fläche Lateinamerikas sind Naturschutzgebiete. In Europa sind es lediglich 6,9 Prozent. Conservation International identifiziert extrem artenreiche Gebiete, sogenannten hotspots. 8 von weltweit 34, darunter mehrere der wichtigsten, befinden sich in Lateinamerika, siehe UNDP 2006: World Resources 2005, <http://www.biodiversityhotspots.org/>.

19 FAO Forest Resources Assessment (FRA) 2005; der weitaus größte Teil wurde in Brasilien vernichtet, World Bank 2006: Little Green Data Book, brasil. Forschungs- und Technologieministerium. Zwischen 1990 bis 2005 schrumpfte die Waldfläche in Lateinamerika um jährlich durchschnittlich 0,4 Prozent bzw. 40.000 Quadratkilometer.

20 IPCC Report 2007.

und Paranábeckens wird zunehmend erkannt. Im Gefolge des Ölpreisanstiegs steigt zudem das Interesse an erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sprunghaft an, da in Lateinamerika fossile Energieträger mit 71 Prozent einen sehr hohen Anteil am Energiemix haben.²¹

Eine neue Herausforderung für Lateinamerika stellt die mögliche massive Ausweitung der Herstellung von Agrartreibstoffen dar. Sie ist einerseits zu begrüßen, da sie einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. In der Landwirtschaft eröffnet sie (teilweise auch den Kleinbauern) zusätzliche Einkommensmöglichkeiten. Andererseits könnte sie den durch illegalen Holzeinschlag und Landnahme, extensive Viehwirtschaft und großflächigen Sojaanbau ohnehin hohen Nutzungs- und Siedlungsdruck auf den verbleibenden Primärwald erheblich verstärken und zu Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln führen.

6. Subregionale Integrationsprozesse stehen hoch im Kurs – ihre bisherigen Erfolge sind jedoch mäßig, ihre künftigen Ziele nicht klar genug

Nach dem vorläufigen Scheitern der insbesondere von den USA betriebenen Einrichtung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone sind es vor allem die etablierten subregionalen Integrationsprozesse – das zentralamerikanische Integrationssystem, der karibische Markt, die Andengemeinschaft und der Mercosur²² –, die mit ihren ehrgeizigen wirtschaftlichen (Zollunion) und politischen (Harmonisierung einer breiten Palette von Politikbereichen) Zielen von Bedeutung sind.

Während die beiden nördlicheren Bündnisse über die Jahre zum Teil sehr zähe, aber sichtbare Fortschritte gemacht haben, befindet sich die Andengemeinschaft nach dem Ausscheiden Venezuelas in einer schwierigen Phase der Umorientierung. Auch der Mercosur ordnet sich aufgrund der Unzufriedenheit der kleineren Partner, der nicht immer miteinander kompatiblen Ziele der beiden großen Partner und aufgrund der Aufnahme von Venezuela neu. Parallel dazu verfolgt Venezuela mit „ALBA“ ein eigenes Integrations- und Kooperationsprojekt, an dem sich bislang Kuba, Bolivien, Nicaragua und (teilweise) Ecuador beteiligen, dessen wirtschaftliche Potenziale aber eher gering sind und das ganz auf Venezuela (bzw. auf den venezolanischen Energiesektor) zugeschnitten ist. Venezuela ist in diesem Rahmen jedoch zu einem nennenswerten „neuen Geber“ von Entwicklungszusammenarbeit in der Region geworden.

Vorbild für die Integrationsprozesse Lateinamerikas ist die Europäische Union, die nach den USA – im Mercosur-Raum sogar vor den USA – der wichtigste Handels- und Kooperationspartner ist. Die seit dem Jahr 2000 andauernden Assoziierungsverhandlungen mit dem Mercosur sind aus wirtschaftlicher Sicht auch für Europa wichtig. Ein Abschluss zeichnet sich noch nicht ab. Im Juni 2007 haben Assoziierungsverhandlungen mit Zentralamerika und der Andengemeinschaft begonnen. Sie sollen den Zugang dieser Länder zum europäischen Markt verbessern und Beiträge zur Vertiefung der (entwicklungs-)politischen Zusammenarbeit leisten. Mit den Staaten der Karibik (CARIFORUM) wurden 2007 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements* im Rahmen der Vereinbarungen zwischen der EU und den AKP-Staaten) abgeschlossen, die in den Folgejahren umgesetzt werden sollen.

²¹ Daten CEPAL 2007: Energías renovables en América Latina y el Caribe. Daten für 2004.

²² Gemeint sind: Sistema de la Integración Centroamericana (SICA), Caribbean Community (CARICOM), Comunidad Andina de Naciones (CAN) und Mercosur (Mercado Común del Sur – Gemeinsamer Markt des Südens).

Die Einsicht, dass regionale Integration politisch wie wirtschaftlich sinnvoll ist, um auf Globalisierungsprozesse reagieren und sie mitgestalten zu können, hat in Lateinamerika sicherlich zugenommen. Neben der geringen Komplementarität der – überwiegend kleinen – Märkte und den nach wie vor häufigen wirtschaftlichen und politischen Umschwüngen in einzelnen Ländern kranken die laufenden Integrationsprozesse jedoch am fehlenden Pragmatismus. Noch überwiegen politische Ankündigungen, die zu selten eingelöst werden. Nationale Interessen werden nur selten zurückgestellt. Gleichzeitig fehlt die Bereitschaft und teilweise die Fähigkeit, die möglichen oder tatsächlichen Verlierer von Strukturwandelprozessen einzubinden, zum Beispiel durch Kohäsionsfonds innerhalb der Region oder innerhalb eines Landes. Ob die nach wie vor intergubernamental, nicht supranational organisierten Gemeinschaften an politischem und wirtschaftlichem Gewicht gewinnen und zu echten *global players* werden, wird davon abhängen, ob sie diese Probleme lösen können.

7. Die Selbsthilfefähigkeit Lateinamerikas ist gestiegen – der zielgenaue, wirksame Einsatz der Entwicklungszusammenarbeit wird noch wichtiger

Es ist folgerichtig, dass das relative Gewicht der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) in einer Weltregion mit mittlerem Einkommen wie Lateinamerika, das darüber hinaus in den letzten zehn Jahren einige Entwicklungsfortschritte erzielt hat, gesunken ist. In den Jahren 2000 bis 2004 entfielen laut OECD 9,4 Prozent der weltweiten ODA auf Lateinamerika. In den 90er Jahren waren es noch 10,5 Prozent. Heute macht die ODA nur noch 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Region aus, das ist nur ein Drittel des Durchschnitts aller Entwicklungsländer. Da jedoch viele Geberländer ihre EZ innerhalb der Region auf die ärmeren Länder konzentrieren, spielt die EZ in Ländern wie Nicaragua, Bolivien,

Honduras und Haiti nach wie vor auch quantitativ eine erhebliche Rolle (über acht Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt); sie finanziert dort den größten Teil der öffentlichen Investitionen. Vor allem – aber nicht ausschließlich – in dieser Gruppe ist die enge Abstimmung der Geber mit der Regierung nach den Prinzipien der Paris-Erklärung (*ownership, harmonization and alignment*) bereits zu einem festen Bestandteil der EZ geworden. Die Erarbeitung mittelfristig ausgerichteter Armutsminderungsstrategien, die Ausrichtung der Geber an den Vorgaben des Partners, die Verpflichtung zu einer hohen Transparenz in der Durchführung und der enge Politikdialog in einer Reihe von Sektoren und Themen haben hier den Einsatz gemeinsamer Instrumente wie der Programme Based Approaches (PBA) bzw. programmorientierten Gemeinschaftsfinanzierung (PGF)²³ zunehmend ermöglicht und lassen auch auf Ergebnisse bezüglich einer besseren künftigen Arbeitsteilung hoffen. Hier gibt es allerdings noch viel zu tun: Die großen Geber – Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank und EU-Kommission – sind zwar gewichtig, zugleich aber nach wie vor sehr breit aufgestellt. Sie setzen bislang nur wenige Akzente und Schwerpunkte. Die Banken tendieren aufgrund des immer stärkeren Anteils von Marktmitteln derzeit sogar zu einer Verbreiterung ihres Themenprofils.²⁴ Auch neue Geber wie Venezuela oder China, deren Entwicklungszusammenarbeit stark im Dienste außenpolitischer bzw. außenwirtschaftlicher Interessen steht, ma-

²³ Deutschland hat in Lateinamerika zwischen 2000 und Mitte 2006 97 Millionen Euro für PGF zugesagt, das entspricht 36 Prozent der weltweit von Deutschland für PGF zugesagten Mittel, die insgesamt 269,1 Million Euro betragen.

²⁴ Die Schwerpunkte der Weltbank, von deren Mitteln in Lateinamerika nur 5 Prozent IDA-Mittel sind, sind die Finanzierung sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur und sozialer Dienstleistungen sowie die Unterstützung von guter Regierungsführung. Sie hat außerdem die Net-cash-transfer-Programme für extrem arme Familien in einer Reihe von Ländern erheblich unterstützt. Die IDB finanziert vor allem Infrastruktur, Privatsektorentwicklung, Einbindung der Bevölkerungsmehrheit in die Wirtschaft und soziale Entwicklung. Erneuerbare Energien/Energieeffizienz und Klimaschutz bilden einen weiteren strategischen Schwerpunkt. Schwerpunkte der EU-Kommission sind auf regionaler Ebene die Förderung der regionalen Integration und Sicherheit, Alternativen zum Drogenanbau, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und diverse Austauschprogramme (ALFA; Erasmus mundus). In der bilateralen Zusammenarbeit prädominieren die Themen der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur, Umwelt und gute Regierungsführung.

chen eine klarere Arbeitsteilung zur Zeit nicht leichter.

In den fortgeschritteneren Ländern der Region hat die ODA ihre Rolle als zentrale Finanzierungsquelle von Entwicklung verloren, da diese Länder sich auf den internationalen Finanzmärkten derzeit relativ problemlos Kapital beschaffen können. Die bi- und multilaterale EZ kann jedoch nach wie vor – unter anderem auch über Instrumente wie PGF – gezielte und wirksame **Anstöße für strukturelle Veränderungen** geben, mit denen verstärkt **eigene öffentliche und auch private Mittel** für entwicklungspolitisch relevante Bereiche (wie Umwelt und Soziales) **mobilisiert werden**. Hierfür müssen die Staatseinkünfte und die Spar- und Investitionsquoten gesteigert und in entwicklungspolitisch relevanten Bereichen eingesetzt werden. All dies sind politisch sensible Themen. Der Dialogcharakter bzw. der politische Charakter der Entwicklungszusammenarbeit wird dadurch noch manifester werden.

8. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit bleibt gefragt

Deutschland bleibt in Lateinamerika nicht nur durch seine signifikanten Beiträge zu Weltbank, Interamerikanischer (IDB) und Karibischer (CDB) Entwicklungsbank sowie zur europäischen EZ, sondern auch mit seiner bilateralen Zusammenarbeit ein wichtiger Geber,²⁵ der in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder präsent ist.

Unsere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Lateinamerika sind gut. Die Vorhaben der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit schneiden in den Evaluierungsberichten und Querschnittsanalysen im Vergleich zu anderen Weltregionen überdurchschnittlich gut ab.²⁶ Die in den letzten Jahren vorangetriebene Schwerpunktbildung, die schrittweise Umsetzung der „EZ aus einem Guss“ und die prozess- und wirkungsorientierte enge Begleitung unserer Partner haben zur Effektivität und zur Schärfung des deutschen Profils beigetragen. Partner und andere Geber wissen besser als früher, wofür die deutsche EZ steht und wo ihre Stärken liegen. Zusammen mit einem positiven Deutschlandbild bestehen somit auch in Zeiten, in denen Geber aus Industrieländern in einigen Ländern kritischer hinterfragt und eigenständigere Ansätze verfolgt werden, insgesamt eine **hohe Akzeptanz, eine hohe Nachfrage und gute Erfolgsaussichten für die künftige bilaterale Zusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik**.

Besonders eng sind dabei seit jeher die gesellschaftlichen und politischen Verbindungen zu Lateinamerika. Ihnen ist es zu verdanken, dass die **nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit wie diejenige der privaten Träger, der Kirchen und der politischen Stiftungen mit Lateinamerika nach wie vor besonders intensiv²⁷ und dazu geeignet ist, wichtige Themen im politischen Dialog mit Lateinamerika voranzutreiben**.

25 Deutschland trägt im Falle der Weltbank derzeit mit rund 10 Prozent zu IDA bei und hat einen Anteil am Gesamtkapital der IBRD von 4,6 Prozent. Bei der IDB verfügt Deutschland über 1,9 Prozent der Kapitalanteile, und hat mit 3,5 Prozent zur Wiederauffüllung (1994) beigetragen. Bei der Caribbean Development Bank (CDB) liegt der deutsche Kapitalanteil bei 5,8 Prozent, der Beitrag zu den Wiederauffüllungen bei 9,7 Prozent. Der deutsche Beitrag zur EZ der EU-Kommission beträgt 21 Prozent (Jahr 2005). In der bilateralen deutschen EZ entfallen auf Lateinamerika über 10 Prozent der jährlichen Mittel für FZ und TZ „im engeren Sinne“ (vgl. auch Tabelle 1 im Anhang), das ist anteilmäßig etwas mehr als bei anderen Gebern.

26 Selbstevaluierungen und Querschnittsanalysen von KfW Entwicklungsbank und GTZ.

27 Diese wenden nicht selten 20 Prozent und mehr ihrer Mittel und Personalkapazitäten für Lateinamerika auf.

II Wirksamkeit und Sichtbarkeit der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika erhöhen

In Übereinstimmung mit der Millenniums-Erklärung betten sich die Ziele der deutschen EZ in Lateinamerika in das Zielsystem der gesamten deutschen Entwicklungszusammenarbeit ein. Es geht darum,

- Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu verwirklichen,
- Armut zu bekämpfen,
- Umwelt zu schützen,
- Globalisierung gerecht zu gestalten und
- Frieden zu sichern.

Um hierzu signifikante, effektive, effiziente und sichtbare Beiträge zu leisten und mehr und nachhaltigere Wirkungen zu erzielen, wird die deutsche Entwicklungspolitik mit Lateinamerika in den nächsten Jahren weiterhin Schwerpunkte setzen und noch deutlicher akzentuieren, die Formen der Zusammenarbeit (*modes of delivery*) anpassen und den politischen Dialog mit Lateinamerika intensivieren.

1. Schwerpunkte setzen, thematisches Profil schärfen

Die thematische Konzentration in der EZ mit Lateinamerika ist vergleichsweise weit vorangeschritten. Daran knüpfen wir an, wenn wir folgende Schwerpunkte, die wir in der bilateralen und länderübergreifenden Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika künftig prioritär bearbeiten werden, definieren:

1. Good governance: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Teilhabe der Armen.
2. Umwelt- und Klimaschutz: Schutz natürlicher Ressourcen (Tropenwald/Biodiversität) und nachhaltige Energien (erneuerbare Energien/Energieeffizienz).
3. Städtische Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung.

In den Partnerländern soll die Zahl der jeweils ausgewählten Schwerpunkte (bisher bis zu drei, zum Teil weiterer Gestaltungsspielraum) und die Zahl der im Rahmen des Gestaltungsspielraums bearbeiteten Themen gemeinsam mit unseren Partnern überprüft und nach Möglichkeit weiter reduziert werden.

Aber auch innerhalb der jeweils ausgewählten Schwerpunkte geht es darum, das deutsche Profil zu schärfen und deutlichere Akzente zu setzen.

1.1 Neue Akzente im Schwerpunkt „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Teilhabe der Armen (good governance)“ setzen

Die Festigung und Weiterentwicklung der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen, die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit (Korruptionsbekämpfung²⁸) ebenso wie die politische und wirtschaftliche Einbeziehung der bislang am meisten ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen

²⁸ Unter anderem Umsetzung der OAS-Konvention gegen Korruption und der VN-Konvention gegen Korruption (UNCAC), die eine erhebliche Erweiterung darstellt und mittlerweile von den meisten Ländern Lateinamerikas ratifiziert ist.

sind für uns der entscheidende **Beitrag zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen von Armut und zur Minderung sozialer Konflikte** in Lateinamerika. Es geht um tief greifende Veränderungen in den staatlichen Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen und -prozessen.

Bislang dominiert in Lateinamerika in diesem Schwerpunkt der Themenbereich „Dezentralisierung“, in dem es meist um mittel- und langfristige angelegte Kompetenz- und Zuständigkeitsregelungen zwischen Zentralregierung, Regional- und Kommunalverwaltungen, fiskalischer Dezentralisierung und lokale Partizipation geht. Dieser Bereich wird fortgeführt, allerdings mit stärkerem Gewicht auf einer Veränderung der **nationalen** Rahmenbedingungen und mit insgesamt geringerer Intensität.

Folgende Themenbereiche bzw. Handlungsfelder sollen mit Blick auf alle Instrumente (Dialog, Beratung, Veränderung politischer Rahmenbedingungen, Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung, Stärkung institutioneller Kapazitäten, finanzielle Zusammenarbeit bei breiter Umsetzung) verstärkt aufgegriffen und umgesetzt werden:

a) Der Themenbereich „**Stärkung des Rechtsstaates, Stärkung demokratischer Kontrollinstanzen und politische Beteiligung**“ soll **verstärkt** werden. Dies betrifft Einzelthemen und Handlungsfelder wie:

- ⇨ Achtung, Schutz und Gewährleistung von **Bürger- und Menschenrechten** (zum Beispiel über Stärkung des Amtes der Ombudsperson, zivilgesellschaftliche Kontrolle staatlicher Institutionen, gegebenenfalls Parlamentsberatung, Stärkung des interamerikanischen Menschenrechtssystems);

- ⇨ **Einbeziehung von Indigenen** in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie **Gewährleistung ihrer Rechte**, Stärkung ihrer lokalen und regionalen Vertretungs- und Selbsthilfestrukturen und Schaffung von Rechtssicherheit;²⁹

- ⇨ **Stärkung der Rechte und Beteiligung von Frauen** in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft;

- ⇨ **Unterstützung von Rechts- und Justizformen**, unter anderem verbesserter Zugang besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu Dienstleistungen im juristischen Bereich.

Eine verstärkte Bearbeitung dieser Themen auch durch die politischen Stiftungen ist wünschenswert, insbesondere in denjenigen Ländern, in denen der Zugang staatlicher bilateraler EZ schwieriger geworden ist. Die TZ hat bereits jetzt viele Kontakte zu und Schnittstellen mit den politischen Stiftungen, die verstärkt werden sollen. Mehr als bisher ist an den Einsatz von FZ zu denken, zum Beispiel durch die Auflage von Fonds zur Finanzierung bestimmter Dienstleistungen (zum Beispiel Zugang zu Justiz) und – subsidiär zu nichtstaatlichen Beiträgen – zivilgesellschaftlicher Aktivitäten.

b) **Verantwortungsvolle Regierungsführung im Bereich der öffentlichen Finanzen** (*good financial governance*) **und die Begleitung sowie das Monitoring der Armutsminderungsstrategien** soll vor allem in den HIPC-Ländern Bolivien, Nicaragua und Honduras, gegebenenfalls aber auch in weiteren Ländern, in denen die Geber allgemeine oder sektorale Budgethilfen vereinbaren, ausgebaut werden. Ziel ist die

²⁹ Grundlage bildet das BMZ Konzept zur „Zusammenarbeit mit Indigenen Völkern“ (2006), das Vorgaben für die Umsetzung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit macht. Auch afroamerikanische Bevölkerungsgruppen sollten mitberücksichtigt werden.

Unterstützung (vor allem über Beratung und politischen Dialog) einer armutsorientierten, transparenten³⁰ und effizienten Haushalts- und Finanzpolitik, die eine Erhöhung der in vielen Ländern noch zu niedrigen Staatseinnahmen (unter anderem progressive Steuerreformen, effiziente und sozial gerechte Abgabensysteme und Nutzungsgebühren) ebenso einschließt wie armutsorientierte Ausgaben, unter anderem den Aufbau zielgenauer Programme im Bereich der sozialen Grunddienste und der Armutsminderung.

- c) **Der Bereich Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung bleibt** vor allem in Ländern mit erhöhtem und akutem Präventionsbedarf (unter anderem Bolivien, Kolumbien, Guatemala) ein **wichtiges Querschnittsthema**. Neben einer konfliktensiblen Ausrichtung der Veränderungsprozesse stehen dabei die Förderung des Dialogs zwischen Staat und Zivilgesellschaft und die Unterstützung von Mechanismen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung unter anderem auch bei der Bekämpfung der Jugendgewalt im Vordergrund.

1.2 Umwelt- und Klimaschutz konsolidieren

Der Schutz der natürlichen Ressourcen (vor allem Tropenwald, Biodiversität) und der Klimaschutz (Tropenwald, Ausbau nachhaltiger Energien) sind für die Region unverzichtbare Elemente für eine nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung der Armut. Die internationale Gemeinschaft, die eine Mitverantwortung für den Schutz globaler öffentlicher Güter trägt, kann sie dabei unterstützen. Die deutsche EZ wird die bereits in den letzten Jahren verfolgten Schwerpunkte

- **Schutz und Nutzung natürlicher Ressourcen (Tropenwaldschutz) und**
- **erneuerbare Energien/Energieeffizienz**

auch künftig prioritär fördern. Für den Ressourcenschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt werden weiterhin Maßnahmen des Flächenschutzes (Management von Naturschutzgebieten, öffentlichen Wäldern, indigenen Territorien) und der Raumordnung vor allem im **amazonischen, aber auch im zentralamerikanischen Tropenwald** vorrangig sein. Nach Möglichkeit soll dabei die länderübergreifende Zusammenarbeit gestärkt werden. Erhebliche Schnittstellen und Querbezüge ergeben sich durch die Stärkung nachhaltiger Nutzungssysteme und Wertschöpfungsketten, wie sie in einigen Partnerländern in den Bereichen Forst- und Landwirtschaft sowie KMU-Förderung (nachhaltige Wirtschaftsförderung) unterstützt werden. In Übereinstimmung mit den internationalen Umweltkonventionen und Abkommen³¹ ist es das Ziel der deutschen EZ, die Partner bei der Entwicklung nachhaltiger Schutz- und Nutzungskonzepte zu unterstützen und die oftmals divergierenden Interessen in Einklang zu bringen. Hierbei spielen unter anderem die Einführung von Öko- und Sozialstandards, Raumordnungs- und Landrechtsfragen, die (Weiter-) Entwicklung von Kompensationsmechanismen für Walderhalt im Rahmen des Klimaschutzes und teilweise auch internationale Handelsfragen eine Rolle.

Bei konkreter Nachfrage aus der Region können neue Akzente bei Themen gesetzt werden, die auf eine „**Anpassung an den Klimawandel**“ zielen. So könnten unter anderem das **Management von Wassereinzugsgebieten oder Maßnahmen, die die Anpassungsfähigkeit in der Land- und Forstwirtschaft erhöhen**, länder-

³⁰ Bislang (2007) beteiligen sich erst drei Länder der Region (Bolivien, Peru, Trinidad & Tobago) an der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI).

³¹ Unter anderem die Klimarahmenkonvention (FCCC), die Konventionen zur Biologischen Vielfalt (CBD) und Desertifikationsbekämpfung (CCD) sowie die waldrelevanten Prozesse (Rio – Johannesburg, IPF/IFF/UNFF, FLEGT).

übergreifend oder bilateral aufgegriffen werden. Das hiermit eng verbundene Thema der **Katastrophenprävention** bleibt vor allem als Querschnittsthema der wirtschaftlichen bzw. lokalen wirtschaftlichen Entwicklung in von Naturkatastrophen besonders gefährdeten Ländern von zentraler Bedeutung.

Auch das Thema **erneuerbare Energien/Energieeffizienz** hat bereits einen erheblichen Anteil am Portfolio der letzten Jahre (siehe Schaubild 1). Die Kooperation mit den (sub-) regionalen Entwicklungsbanken (IDB, BCIE, CAF) und damit die Verzahnung zwischen bi- und multilateraler EZ ist bereits eng und soll gezielt gestärkt und verbessert werden. Neue Förderansätze – zum Beispiel die Unterstützung von nachhaltigen, umwelt- und sozialverträglichen Produktionsweisen für Agrarkraftstoffe – sollten geprüft und umgesetzt werden.³² Politische bzw. Governance-Fragen, zum Beispiel nach den Anreizsystemen für Umweltschutz und für die Nutzung erneuerbarer Energien, werden eine große Rolle spielen und unter anderem in Zusammenarbeit mit der CEPAL (VN-Wirtschaftskommission) und eventuell mit CARICOM entwickelt. Dies und die Förderung der regionalen Vernetzung und Kooperation (grenzüberschreitender Umweltschutz, Energieverbände) sind wichtige Ansatzpunkte für die künftige deutsche EZ.

1.3 Städtische Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung fortführen und Dialog um „Wasser“ intensivieren

Dieser Bereich bleibt uns deswegen wichtig, weil es um eine direkt armutsrelevante (MDG 7) Dienstleistung an die Bürgerinnen und Bürger geht. Im Zuge der fortschreitenden Verstädterung kommt es zudem zu hohen Umweltkosten durch verschmutzte Abwässer. Deutschland hat

im Trinkwasserbereich unter den bilateralen Gebern – und neben Weltbank und IDB – in Lateinamerika eine Führungsrolle und besitzt ein spezifisches Know-How bei der Ausgestaltung der politischen Rahmenbedingungen, der Wassertarife und der Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und der Tarifgestaltung. Dieses Know How wird in Zeiten, in denen teilweise erbitterte Debatten vor allem um die Privatisierung des Wassersektors, um künftige Tarife und institutionelle Strukturen in Lateinamerika eingesetzt haben, dringend benötigt und muss politisch sensibel vermittelt werden.

Obwohl die Versorgungsraten in Lateinamerika in diesem Bereich im internationalen Vergleich relativ gut sind, gibt es immer noch Städte und Regionen, insbesondere in den ärmeren Ländern Lateinamerikas, in denen viele Arme keinen oder nur ungenügenden Zugang zu Trinkwasserver- und Abwasserentsorgungssystemen haben. Vor allem die Zuverlässigkeit der Versorgung und die Qualität des Trinkwassers stellen nach wie vor große Herausforderungen dar.³³ Der Schwerpunkt soll vor allem in städtischen Versorgungsgebieten – gegebenenfalls in Verbindung zum jeweiligen Umland, das oft unterversorgt ist – fortgesetzt werden.

Unbestritten setzt die schwierige politische und soziale Gemengelage in einigen Ländern (zum Beispiel der „Wasserkrieg“ in Cochabamba und El Alto in Bolivien) einige **Fragezeichen für das künftige Engagement**. Gerade dies wird für die deutsche EZ aber als Herausforderung begriffen, sich als ein Akteur zu präsentieren, der einen mittelfristig ausgerichteten, konfliktmindernden **gesellschaftspolitischen Dialog über das Recht auf Wasser**, die Wassertarife und die institutionelle Effizienz im Trinkwassersektor vor-

³² Es geht hierbei jeweils um Technologien des aktiven Klimaschutzes, die über den einfachen *state of the art* im Energiebereich hinausgehen.

³³ In Lateinamerika werden über 86 Prozent der Haushaltsabwässer nicht behandelt. Arme wenden häufig über 10 Prozent ihres Einkommens für Wasser auf. Laut IDB gibt es nur für 24 Prozent des Trinkwassers regelmäßige Qualitätskontrollen, 219 Millionen Menschen haben stundenlange Unterbrechungen der Versorgung, vgl. auch UNDP, HDR 2006.

anzutreiben imstande ist und gleichzeitig **funktionierende Betreiber- und Tarifmodelle entwickelt und umsetzt**. Nur so können die Armen in Lateinamerika erreicht und die Nachhaltigkeit des Engagements verbessert werden. Eine noch engere Verständigung und ein Zusammenwirken der unterschiedlichen deutschen Akteure (KfW Entwicklungsbank, GTZ, InWEnt, politische Stiftungen, NGOs) sind hierfür Voraussetzung.

2. Formen der Zusammenarbeit (modes of delivery) anpassen

Aus der wachsenden Heterogenität der Region und den sich auseinander entwickelnden konkreten Bedürfnissen der Partner ist abzuleiten, dass das entwicklungspolitische Instrumentarium künftig noch differenzierter und noch gezielter zum Einsatz gebracht werden muss. Politischer Dialog und der Ausbau der technischen Expertise werden bei Ländern wie Mexiko oder Brasilien daher weiter ins Zentrum der Zusammenarbeit rücken. Konkrete finanzielle und technische Unterstützung bei der Umsetzung der Armuts- und Entwicklungsstrategien werden die Zusammenarbeit mit Ländern wie Nicaragua und Bolivien dominieren, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung hingegen prägen die Zusammenarbeit mit Ländern mit hohem politischen und sozialen Konfliktpotenzial wie Kolumbien oder Guatemala.

Die Formen der künftigen Zusammenarbeit sollen aber nicht nur dem Entwicklungsstand und dem Governance-Niveau des Partnerlandes angepasst werden, sondern auch verstärkt die Integrationsanstrengungen der Region unterstützen und den Erfordernissen der Paris-Agenda genügen.

Bei länderübergreifenden Themen sollen nach innen – „EZ aus einem Guss“ – die Instrumente der Integrierten Experten (CIM) und InWEnt noch stärker mit der länderübergreifenden TZ und FZ verbunden werden. Nach außen soll die Zu-

sammenarbeit mit wichtigen Partnern wie IDB, CEPAL, Weltbank und EU-Kommission und damit auch die Verzahnung zwischen bi- und multilateraler EZ weiter intensiviert werden. Dabei wird ein noch engerer Austausch mit den deutschen politischen Stiftungen und fallweise mit anderen bilateralen Gebern gesucht werden. Die Entwicklungsberater und WZ-Referenten an den Deutschen Botschaften haben bei der Koordinierung vor Ort („Länderteam außen“) in vielen Fällen schon heute eine bedeutende Rolle inne; diese Rolle wird in Zukunft noch wichtiger werden.

2.1 Länderübergreifende EZ ausbauen und Spielraum für neue Themen nutzen

Länderübergreifende Ansätze haben den Vorteil, dass sie – soweit kompetente Träger existieren – einen besonders rationellen Mitteleinsatz ermöglichen, auch Nicht-Partnerländer leichter einbezogen werden können und dass auf unterschiedliche Nachfragen flexibel reagiert wird. Sie befördern den regionalen Erfahrungsaustausch und eine an *good practice* ausgerichtete Süd-Süd-Kooperation und geben dadurch wichtige Anstöße zu Reformen auf der nationalen Ebene. Aus diesen Gründen soll die **länderübergreifende Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ an Gewicht gewinnen**. Unser Ziel ist es, hierbei

- die **bestehenden Schwerpunkte** (vor allem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Tropenwaldschutz sowie Förderung nachhaltiger Energien) der deutschen EZ in Lateinamerika überall dort **komplementär durch länderübergreifende Ansätze zu verstärken** und zu fördern, wo kompetente Träger auf länderübergreifender Ebene bestehen. Beispiele hierfür sind länderübergreifende Tropenwaldvorhaben im Amazonasraum, Förderung nachhaltiger Energien über die (sub-)regionalen Entwicklungsbanken CAF, BCIE und zunehmend auch IDB sowie Vorhaben zur institutionellen Stärkung vor allem regionaler

und länderübergreifender Organisationen indigener Völker;

- neu entstehende Spielräume zu nutzen, um **signifikante und wirksame Beiträge zu entwicklungspolitischen Zielen von globaler oder regionaler Bedeutung** zu leisten. Für die nächsten Jahre sollen dies vorrangig drei Bereiche sein, und zwar:

⇨ **Förderung regionaler Vorhaben und Dialoge** zu den Themen „Frauenrechte und Gender“, „Jugend und Gewalt“ (vor allem in Zentralamerika) sowie „soziale Kohäsion“³⁴ als Kernthema des Dialogs zwischen der EU und Lateinamerika. Zum Thema Frauenrechte und Gender wird ein Regionalvorhaben, das den politischen Dialog über Frauenrechte stärkt und das konkrete Unterstützung für zivilgesellschaftliche Kräfte anbietet, initiiert werden. Bei allen oben genannten Themen sollen die Synergieeffekte zwischen der außen- und der entwicklungspolitischen Agenda stärker genutzt werden – zum Beispiel durch die Einbettung des entwicklungspolitischen Themas „progressive Steuersysteme“ in die Agenda des EU-Lateinamerikagipfels der Regierungschefs;

⇨ **Bekämpfung von HIV-AIDS in der Region, vor allem in der Karibik**, die besonders stark betroffen ist. Hier werden wir die Zusammenarbeit mit CARICOM, BCIE und Brasilien (Dreieckskooperation) fortführen und nach Möglichkeit weiter ausbauen;

⇨ **Förderung regionaler wirtschaftlicher und politischer Integration**, sollten sich hierzu in Komplementarität zur EU-Kommission und anderen Gebern sinnvolle Ansätze ergeben. Aufgrund seiner Größe und seines politischen Gewichts ist vor allem der Mercosur wichtig. Auch der zentralamerikanische Integrationsprozess hat – wenn auch langsame – Fortschritte gemacht;

- die **bestehende Arbeitsteilung** zwischen den Gebern zu **respektieren** und gegebenenfalls **noch besser zu vereinbaren**. Hier hat die EU-Kommission durch ihre großen regionalen Förderprogramme wie „AL-Invest“ für kleine und mittlere Unternehmen, @lis zur Förderung der Informationsgesellschaft, URB-AL für den Austausch lokaler Behörden und die Bildungs- und Hochschulzusammenarbeitsprogramme (Erasmus Mundus, ALFA) sowie durch Förderung der subregionalen Integrationsprozesse eine herausragende Rolle.

2.2 „Strategische Partnerschaft“ mit CEPAL und IDB sowie Zusammenarbeit mit den subregionalen Entwicklungsbanken ausbauen

Die strategische Partnerschaft mit der CEPAL zielt darauf ab, die Rolle der CEPAL als „think (and do) tank“ für die Region zu verstärken und noch intensiver als Plattform für den politischen Dialog zu nutzen. Für diese Partnerschaft wurden die Themen gute Regierungsführung (einschließlich *good financial governance* und soziale Kohäsion), erneuerbare Energien, Umgang mit Klimawandel,

³⁴ Referenzrahmen sind unter anderem die VN-Kinderrechtskonvention, die Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW), die Erklärung der Weltfrauenkonferenz von Peking sowie die Ratschlussfolgerungen der Europäischen Union „Gleichstellung und Teilhabe – die Rolle der Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit“ von Mai 2007. Unterbereiche des auf den vorangegangenen EU-Lateinamerikagipfeln verabschiedeten Themas „soziale Kohäsion“ sind Arbeitsnormen (produktive und menschenwürdige Arbeit), Justiz, Landreform, soziale Sicherungssysteme und Steuersysteme (Fiskalpolitik).

nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sowie Technologiepolitik und regionale Integration vereinbart. Die Zusammenarbeit soll vertieft werden. Die CEPAL bleibt daneben ein Forum für neu aufkommende Themen in der Region.

Die 2004 eingegangene strategische Partnerschaft mit der IDB (sogenannten „Energiepartnerschaft“) ergänzt und fokussiert die reguläre multilaterale deutsche Zusammenarbeit mit der IDB auf das Thema erneuerbare Energien und Energieeffizienz („4E“). Das Ziel ist erstens, die Energiepolitik der Länder der Region stärker auf „4E“ auszurichten. Zweitens soll der Bereich „4E“ im Portfolio der IDB gestärkt und sichtbarer werden. Die IDB hat einen großen Einfluss auf den Energiesektor in Lateinamerika, der mit 18 Prozent des Gesamtportfolios ihr größter Einzelsektor ist. Ähnliches gilt auch für Vorhaben der FZ mit den Subregionalbanken CAF (Andenländer) und BCIE (Zentralamerika), die nachhaltige Energien in den letzten Jahren neu bzw. zunehmend in ihr Portfolio aufgenommen haben. Mit der IDB arbeiten wir außerdem am Dialog zum Thema „soziale Kohäsion“, das stärker in der lateinamerikanischen Politik verankert werden soll.

2.3 Harmonisierung intensivieren und gemeinsame Instrumente (PBA und PGF) stärken

Die Umsetzung der Paris-Agenda und die Fortentwicklung der Harmonisierung und Ausrichtung an den Strategien der Partnerländer (*harmonization and alignment*) sind in den Partnerländern in Lateinamerika noch sehr unterschiedlich. Während es vor allem in den HIPC-Ländern (Nicaragua, Honduras, Bolivien) bereits vergleichsweise starke Koordinierungsstrukturen und einige

etablierte gemeinsame Instrumente gibt und andere Länder mit hoher Geberdichte wie Peru und – mit Einschränkungen – Guatemala und Ecuador in eine ähnliche Richtung aufgebrochen sind, hat „Paris“ die meisten größeren bzw. wohlhabenderen Länder der Region noch kaum erreicht.³⁵

Das Ausloten und Ausfüllen der vorhandenen Spielräume wird in den nächsten Jahren eine Aufgabe der deutschen EZ in jedem einzelnen Partnerland sein. **Harmonisierung** und **gemeinsame Maßnahmen** sollten daher viel stärker als bisher **Eingang in Ziele und Indikatoren** von Länderkonzepten, Schwerpunktstrategiepapieren und in die Zielsysteme der Vorhaben der FZ und der TZ (im engeren und weiteren Sinn) finden. Vorstellbar sind unter anderem die Erstellung gemeinsamer Länderkonzepte (*Joint Country Assistance Strategies*), eine gemeinsame Berichterstattung und Evaluierung, eine an pragmatischen Erfordernissen ausgerichtete Intensivierung der Geberkoordinierung und Arbeitsteilung zwischen den Gebern und die Beteiligung an der Erarbeitung von Verhaltenskodizes (*Codes of Conduct*) und sektorweiter Ansätze (SWAPs) für einzelne Themen und Sektoren. Politische Zyklen (Wahlen) sind dabei stärker als bisher zu berücksichtigen, da sie oft Zäsuren setzen.

Eine Schlüsselrolle kommt den **Programme Based Approaches (PBA)** und der **Programmorientierten Gemeinschaftsfinanzierung (PGF)** zu.³⁶ Sie setzen auf gemeinsamen Politikdialog und gemeinsame Umsetzung. PGF soll in Lateinamerika überall dort, wo die Rahmenbedingungen es zulassen, ausgebaut bzw. durchgängig eingesetzt werden. Dies gilt auch für die TZ, die schon jetzt beratend, moderierend und biswei-

³⁵ Die Paris-Erklärung wurde in Lateinamerika bislang nur von Bolivien, Peru, Nicaragua, Honduras, Guatemala, der Dominikanischen Republik, Brasilien und Mexiko unterzeichnet.

³⁶ Siehe auch BMZ-Konzept zu Programme Based Approaches (PBA), 2007. PBA umfasst allgemeine und sektorale Budgethilfen, aber auch Basketfonds oder Sector Wide Approaches.

len auch (ko-) finanzierend (*technical assistance pools*) beteiligt ist. Bei Fortbestehen der (relativ guten) Rahmenbedingungen, insbesondere bei vertretbaren treuhänderischen und politischen Risiken, ist es unser Ziel, in den nächsten Jahren in Lateinamerika durchgängig alle PBA- und PGF-Potenziale zu nutzen und den Anteil von PGF, der zwischen 2003 und 2006 rund ein Fünftel aller Neuzusagen in der Region ausmachte, weiter zu steigern. Auch **sektorale Budgetfinanzierungen** und **Basket Funding** sollten stärker entwickelt und genutzt werden. Dort, wo die deutsche EZ keine Führungsrolle übernehmen will oder kann – gerade auch dann, wenn es um zeitlich begrenzte oder zusätzliche Zusagen geht, mit denen die **Erreichung spezifischer MDGs beschleunigt werden soll** –, werden verstärkt **stille Partnerschaften** (*silent partnerships*) eingegangen. Dort hingegen, wo die deutsche EZ komparative Vorteile hat, kann sie eine Führungsrolle einnehmen und sollte verstärkt **Kombifinanzierungen** und andere Formen **delegierter Kooperation** anstreben.

Daneben wird es um die Verbesserung des Instrumentariums gehen. Bei Budgethilfen soll unter anderem darauf hingearbeitet werden, dass die *ownership* der Partner (Regierungen, Parlamente, Zivilgesellschaft) weiter zunimmt, dass nationale Monitoringsysteme den Prozess voll mit begleiten können und dass die Geber bei Budgethilfen ihre Auszahlungsentscheidungen „harmonisieren“ oder zumindest deutlich einander annähern. Schlüsselakteure unter den Gebern sind aufgrund ihrer Größe und ihres konzeptionellen Anspruchs die Weltbank und zum Teil auch die EU-Kommission. Wir suchen eine aktive Kooperation mit ihnen.

2.4 Zusätzliche Mittel durch Entwicklungskredite, Kombifinanzierungen und PPP mobilisieren

Abhängig von Wirtschaftslage und Verschuldungsfähigkeit der Partnerländer sind Entwicklungskredite,³⁷ in geringerem Umfang auch Public Private Partnerships (PPPs) in Lateinamerika bereits seit einiger Zeit wichtige entwicklungspolitische Instrumente. Sie multiplizieren das verfügbare Mittelvolumen und steigern so die Wirkungen der EZ erheblich. In jüngerer Zeit kommen eine wachsende Zahl von Kombifinanzierungen und – in fortgeschritteneren Ländern – KfW Entwicklungsbank-Förderkrediten zum Einsatz. Auch der Umfang der Förderung der Privatwirtschaft durch die DEG hat zugenommen.³⁸ Soweit durch diese Instrumente wirksame Beiträge zur Erreichung der für das jeweilige Partnerland oder für die Region definierten entwicklungspolitischen Schwerpunkte und/oder Ziele geleistet werden können, soll ihr Einsatz weiter gesteigert werden. Von besonderem Interesse sind dabei Bereiche wie städtischer und industrieller Umweltschutz, nachhaltige Energien, die Wasserversorgung oder – in den entwickelteren Ländern – Programme Based Approaches in Form von Sektorbudgethilfen. Markt-nahe Mittel können aber auch für „nachhaltige Wirtschaftsförderung“ eingesetzt werden, insbesondere in Bereichen, die eine hohe „*pro poor*“-Wirkung entfalten, wie zum Beispiel die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, Mikrofinanzierungen, in die unter anderem die Rücküberweisungen der Migranten stärker integriert werden können, gegebenenfalls auch regionale Wirtschaftsförderung und die Förderung der Jugendbeschäftigung.

37 Als zinsverbilligte Darlehen, Misch- oder Verbundfinanzierungen haben sie einen hohen Anteil an Marktmitteln.

38 Die DEG sagte 2005 128 Millionen, 2006 202 Millionen Euro zu. Portfoliostand Ende 2006 in Lateinamerika: 570 Millionen Euro.

2.5 Ankerländer und Schwellenländer: Dialog und Dreieckskooperation ausbauen

Als bevölkerungsreichste und dynamischste Länder der Region sind es vor allem die Partnerländer Mexiko und Brasilien, die als Ankerländer³⁹ in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle innerhalb und außerhalb Lateinamerikas spielen werden. Brasilien ist zudem das Land mit der weltweit größten Fläche an Tropenwald.

Leitmotiv der Zusammenarbeit mit Ankerländern ist das Interesse Deutschlands an regionalen Vorbildern bzw. „Ankern“ für demokratische und wirtschaftliche Entwicklung und an engen, gut vernetzten Partnerschaften in den Bereichen Forschung, Wirtschaft und Umwelt. Der Schutz globaler oder regionaler öffentlicher Güter steht im Vordergrund – vor allem **Umwelt- und Klimaschutz** einschließlich nachhaltiger Energien. Dies kann durch Themen wie Berufsbildung, Beratung der Klein- und Mittelindustrie und industrieller Umweltschutz ergänzt werden. Das Thema „**Technologiepolitik**“ wird aktiv nachgefragt und künftig hinzukommen.

Mit Mexiko und Brasilien werden derzeit Kooperationsziele vereinbart, die auch deutsche Akteure außerhalb der klassischen EZ-Institutionen einbeziehen – zum Beispiel andere bundesdeutsche Ressorts (vor allem BMU und BMBF), Forschungseinrichtungen oder Auslandshandelskammern. Der häufig sehr gezielten Nachfrage aus den Ländern wird innerhalb der definierten „**Kooperationskorridore**“ durch einen gezielten, sehr flexiblen Einsatz der Instrumente begegnet, unter anderem durch den Einsatz von KurzzeitexpertInnen und Integrierten Fachkräften (CIM).

Ein weiteres Leitthema des Dialogs mit den Ankerländern Lateinamerikas ist die **soziale Dimension der Globalisierung**: fairer Welthandel, Ein-

führung bzw. Reform von Systemen sozialer Sicherung und sozialer Zusammenhalt, Förderung ausländischer Direktinvestitionen und *corporate social responsibility* sowie Arbeits- und Sozialstandards (insbesondere für Frauen und Kinder). Bei der Vertiefung dieser Dialoge spielen die politischen Stiftungen, InWEnt und teilweise auch privatwirtschaftliche Akteure eine wichtige Rolle.

Ein weiteres Ziel besteht darin, die Ankerländer, nicht minder aber auch die Schwellenländer der Region, wie zum Beispiel Chile und Costa Rica, über Vorhaben der **Dreieckskooperation** dabei zu unterstützen, eigene Entwicklungserfahrungen weiterzugeben und allmählich eigene Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit aufzubauen. Dazu Beginn dieser Zusammenarbeit eher kleinere Maßnahmen als große Vorhaben durchgeführt werden, wird die Förderung von Dreieckskooperationsansätzen in Lateinamerika in den nächsten Jahren so flexibel und pragmatisch wie möglich erfolgen. Themen, die sich aufgrund der guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Schwellen- und Ankerländern für die Dreieckskooperation mit weniger entwickelten Ländern der Region besonders anbieten, dürften der **industrielle Umweltschutz** (Mexiko, Costa Rica, Chile, Brasilien) und **HIV-AIDS** (Brasilien) sein.

3. Politischen Dialog Europas mit Lateinamerika unterstützen, auf Kohärenz achten

Der **Dialog** der EU mit Zentralamerika, dem Andenraum und dem Mercosur wird sich in den nächsten Jahren im Zuge der laufenden Assoziierungsverhandlungen, in denen es um einen für Lateinamerika fairen, die Entwicklung der Region fördernden Waren- und Dienstleistungsaustausch mit Europa geht, **verstärken und vertiefen**. Dies wollen wir unterstützen, denn das

³⁹Siehe BMZ-Positionspapier: Ankerländer – Partner für globale Entwicklung, Dezember 2004.

Potenzial der häufig beschworenen „strategischen Partnerschaft“ zwischen beiden Regionen ist noch nicht ausgeschöpft. Dem BMZ sind im Dialog zunächst diejenigen Themen wichtig, die auch in der bilateralen EZ vorrangig sind. Ebenso dazu gehören Themen wie „soziale Kohäsion“, die Gleichstellung der Geschlechter und der indigenen Bevölkerung sowie die „entwicklungskonforme Gestaltung globaler Strukturen“, die zusammen mit den deutschen Durchführungsorganisationen und internationalen Partnern (CEPAL, Entwicklungsbanken, gegebenenfalls auch bilaterale Geber) angegangen werden können.

Zugleich geht es uns darum, **deutsche entwicklungspolitische Anliegen** noch stärker als bisher in anderen Politikfeldern (zum Beispiel Handels-, Wirtschafts-, Agrar- und Sicherheitspolitik) und in den Strategien wichtiger internationaler Akteure **geltend zu machen** und zu verankern. Ziel ist es dabei, die **Zusammenarbeit** mit unseren Partnern noch **ganzheitlicher** und noch **kohärenter** zu gestalten. Die schwierigen WTO-Verhandlungen, in denen von lateinamerikanischer Seite vor allem Forderungen nach einer Öffnung der Agrarmärkte laut wurden, die nach wie vor unterschiedlichen ordnungs- und ent-

wicklungspolitischen Vorstellungen der in Lateinamerika tätigen Geber oder auch die wachsenden politischen Differenzen im Inneren Lateinamerikas selber machen deutlich, wie wichtig Kohärenzfragen künftig sein werden. Regelmäßige Arbeitskontakte und Abstimmungsprozesse mit anderen deutschen (Ressorts⁴⁰, Wissenschaft) und internationalen Akteuren (VN, WTO, Weltbank, IDB, EU-Kommission, NGOs etc.) und die Teilnahme an Netzwerken, die dem Austausch und der Abstimmung dienen, werden daher künftig weiter zunehmen.

Und schließlich: Wenn wir substanzielle Inputs zu den laufenden Dialogprozessen und zur Politikkohärenz geben wollen, muss die eigene konzeptionelle Arbeit an Profil und Sichtbarkeit gewinnen und die Teilnahme an Netzwerken und Foren verstärkt werden. Hierfür sollen unter anderem die in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika gewonnen Einsichten und Erfahrungen noch besser als bisher herausgearbeitet und aufbereitet werden. Vor Ort sollte nach Möglichkeit eine gemeinsame entwicklungspolitische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, die von den Botschaften in Abstimmung mit dem BMZ koordiniert wird.

⁴⁰Siehe auch „Leitlinien für die deutsche Außenpolitik gegenüber LAK“ des AA (2004) und das „Positionspapier für das deutsche militärpolitische Engagement in LAK“ des Bundesministeriums der Verteidigung (2007).

III Schlussbemerkungen

In den nächsten Jahren will die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele einerseits zu einer höheren Arbeitsteilung und Spezialisierung zwischen den Gebern beitragen, andererseits aber genug Flexibilität wahren. Dies ist angesichts der sich gerade in Lateinamerika häufig rasch ändernden Rahmenbedingungen und angesichts spezifischer Wünsche unserer Partner notwendig und kann von einer deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die im Vergleich zu anderen Gebern lange Erfahrung und eine hohe Vor-Ort-Präsenz hat, grundsätzlich gut geleistet werden.

Deutschland als wichtiger bilateraler Geber kann aber nur dann erfolgreich in Lateinamerika und der Karibik agieren, wenn die Kooperation innerhalb der deutschen EZ und mit anderen Ge-

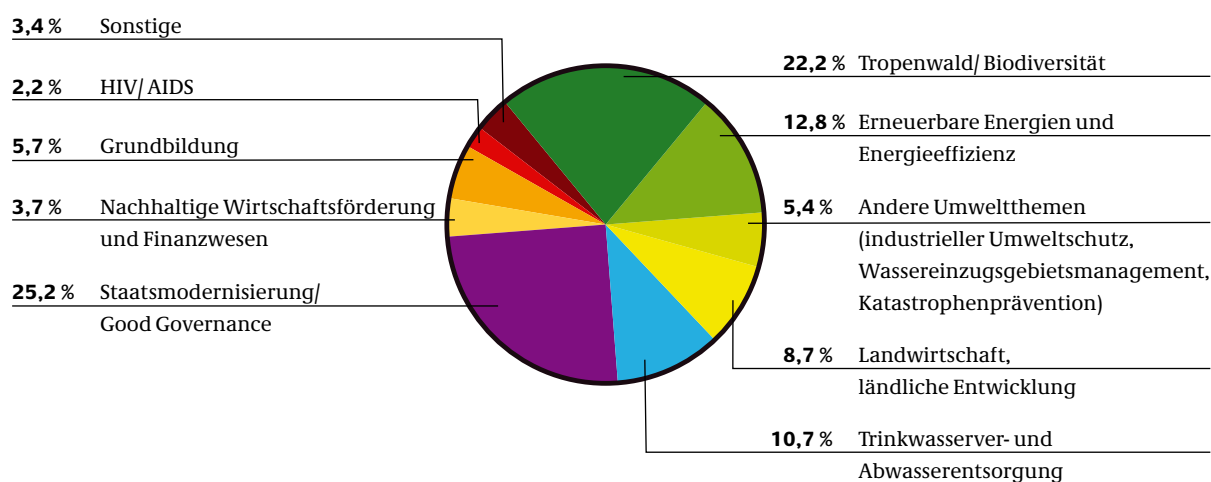
bern noch deutlich enger wird. Zugleich müssen Schlüsselakteure, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandel in der Region voranzutreiben imstande sind, noch genauer identifiziert und beobachtet, die Zusammenarbeit mit ihnen noch enger werden.

Gesellschaftliche und politische Veränderungen, wie sie zum Teil bereits im Gange sind, sind für die Zukunft der Region entscheidend. Nur ein demokratisch regiertes und zugleich „sozialeres“ Lateinamerika hat gute Chancen, seine Integration in die Weltmärkte und in die Weltpolitik kontinuierlich und erfolgreich voranzutreiben. Es ist Aufgabe der Regierungen der Länder Lateinamerikas und der Karibik, diesen Weg konsequent weiter zu gehen. Und es ist Aufgabe der Entwicklungspolitik, sie dabei zu begleiten und zu unterstützen.

Anhang: Schaubilder und Tabellen

Schaubild 1

**Finanzielle und technische Zusammenarbeit in Lateinamerika:
Zusagen 2004, 2005, 2006 und 2007 nach Themen und Sektoren ***



Zusagen 2004, 2005, 2006 und 2007 *

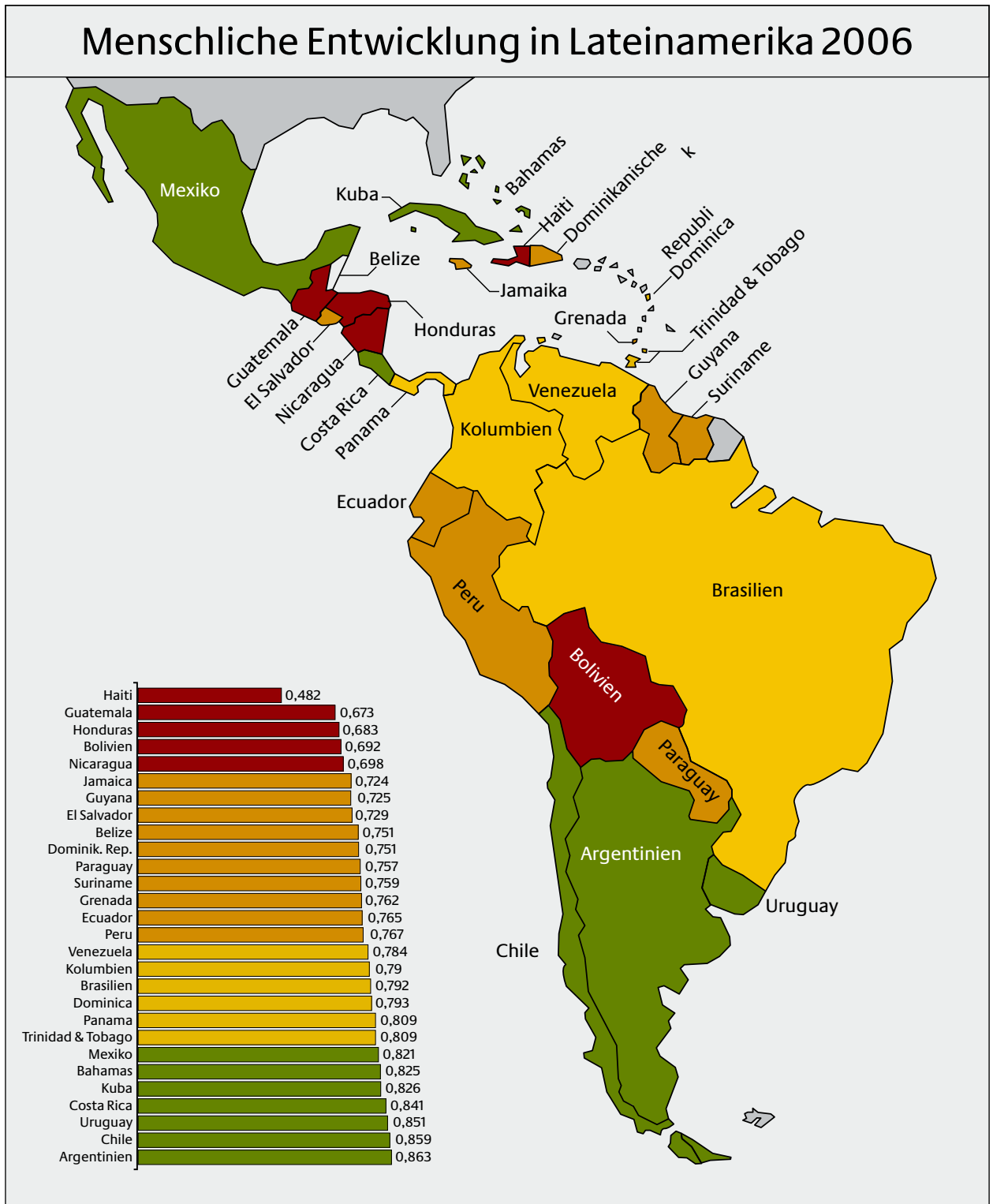
		in %	in Mio. Euro
Staatsmodernisierung/ Good Governance		25,2	184,6
Tropenwald/ Biodiversität		22,2	162,6
Erneuerbare Energien und Energieeffizienz		12,8	93,8
Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung		10,7	78,7
Landwirtschaft, ländliche Entwicklung		8,7	64,2
Grundbildung		5,7	41,5
Andere Umweltthemen (industrieller Umweltschutz, Wassereinzugsgebietsmanagement, Katastrophenprävention)		5,4	39,6
Nachhaltige Wirtschaftsförderung und Finanzwesen		3,7	26,9
Sonstige		3,4	24,9
HIV/ AIDS		2,2	16,0
GESAMT		100,0	732,8

* Zusagen der (VE-) Jahre 2004 bis 2007 einschließlich der Reprogrammierungen, ohne Marktmittel

Quelle: BMZ

Schaubild 2

Menschliche Entwicklung in Lateinamerika auf einen Blick



Quelle: Human Development Report 2006. (Daten für das Jahr 2004).

Der Human Development Index (HDI) misst Entwicklung an folgenden Variablen: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, Lebenserwartung und Bildungsniveau (Alphabetisierungsgrad und Einschulungsraten). Höchster Entwicklungsgrad: Norwegen mit 0,965. Niedrigster Entwicklungsgrad: Niger mit 0,311. Ein Wert von ca. 0,7 gilt im globalen Vergleich als „mittlerer Entwicklungsgrad“.

Schaubild 3:

Tendenzen bei der Erreichung der MDGs in Lateinamerika/Karibik

Millenniums-Entwicklungsziel * (MDG)	Handlungsbedarf in LAK im internationalen Vergleich	Erreichungswahrscheinlichkeit bis 2015 bei linearer Fortschreibung der Entwicklung seit 1990 laut CEPAL
Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers		
Halbierung des extrem armen und armen Bevölkerungsanteils	Mittel	Extreme Armut: Möglich, wenn positive Entwicklung 2003 bis 2007 anhält. Armut: Niedrig, v.a. in Ländern mit niedrigem Entwicklungsniveau.
Halbierung des hungernden Bevölkerungsanteils	Mittel	Relativ hoch. Sehr gute Fortschritte machen die Länder mit niedrigem und hohem Entwicklungsniveau.
Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung		
Allen Kindern ist das Abschließen der Primarschulbildung möglich	Niedrig, da bereits hohe Einschulungsraten.	Hoch, in Ländern mit hohen Schul-Abbruchraten jedoch nur mittel.
Ziel 3: Förderung der Gleichheit der Geschlechter und gesellschaftliche Stärkung der Frauen		
Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung beseitigen	Niedrig, da Mädchen- und Jungenanteil bereits in etwa gleich	Hoch
Frauenanteil an Einkommen beziehender Bevölkerung	Niedrig, da bereits hoher Anteil	Relativ hoch
Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit		
Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren wird um 66 Prozent gesenkt	Mittel	Relativ hoch. Sehr gute Fortschritte machen nur die mittel- bis hoch entwickelten Länder.
Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern		
Müttersterblichkeitsrate wird um 75 Prozent gesenkt	Mittel	Relativ niedrig. Die Müttersterblichkeit, bedingt durch Schwangerschaft und/oder Geburt, ist hoch.
Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten		
Die Ausbreitung von HIV/AIDS wird zum Stillstand gebracht	Mittel	Relativ niedrig. Besonders die Karibik hat mit Ausbreitung von AIDS zu kämpfen. Gute Fortschritte bei der Bekämpfung von Malaria, geringe bei Tuberkulose.
Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit		
Den Verlust von Waldbestand umkehren	Hoch, da große, bedrohte Waldbestände.	Unerreichbar. Die Abholzungs- und Rodungsraten haben sogar zugenommen.
Anteil der Menschen, der keinen Zugang zu Trinkwasser hat, um die Hälfte senken	Niedrig bis mittel	Hoch. Allerdings weisen besonders die karibischen Länder und Länder mit hohem Entwicklungsniveau wenige Verbesserungen auf.
Erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von 100 Mio. Slumbewohnern (bis 2020)	Hoch, da hoher Anteil an Slumbewohnern.	Relativ niedrig. In nur ca. der Hälfte der Länder sind Verbesserungen erkennbar, kaum Veränderungen, zum Teil Rückschritte in den anderen.

Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Menschenwürdige und produktive Arbeit für junge Menschen	Mittel	Sehr niedrig. Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung ist unter jungen Menschen besonders verbreitet, insbesondere in armen Haushalten.
Neue Technologien nutzen (Internetnutzung)	Niedrig, da bereits viele Nutzer	Sehr hoch.
Ausreichende Unterstützung für die am wenigsten entwickelten Länder	Mittel	Mittel. Verschuldungsproblematik bleibt in ärmeren Ländern wahrscheinlich bestehen, ODA-Flüsse nach Lateinamerika bleiben voraussichtlich in etwa stabil, konzentrieren sich stärker auf ärmere Länder.

* Gekürzte Version. Die MDGs haben insgesamt 18 Einzelziele und 48 Indikatoren.

Quellen: CEPAL 2005: MDGs. Latin American Perspective 2005.

Schaubild 4:
Themen / Instrumente der deutschen EZ und möglicher Einsatz in Lateinamerika

Thema / Instrument	bilateral	Länder- übergreifend Amerika n.a.	Anker- länder	Middle income	Lower (middle) income / HIPC	Konflikt- länder/ fragile states	Koope- ration mit WB	Koope- ration mit IDB	Koope- ration mit CEPAL
gute Regierungsführung	XX	•	•	•	XX	XX	•	XX	XX
Tropenwald	XX	XX	XX	XX	•		XX	•	XX
erneuerbare Energien	•	XX	XX	XX	•	•	XX	XX	XX
Trinkwasser	XX	• (KfW Entwicklungsbank, InWEnt, Stiftungen, GTZ)		•	XX	•	•	•	XX (Wasser- dialog)
politischer Dialog (globale Strukturpol. u.a.)	XX	XX (CEPAL, InWEnt, Stiftungen, GTZ)	XX	•	•	•			XX
HIV-AIDS	•	XX				•	•	•	
Dreieckskooperation		XX	XX	•					
Policy Based Approach (Budgethilfe u.a.)	XX		•	•	XX	•	XX	•	
Marktnahe FZ- Instrumente (Mikro- finanzierung, KKMU)	XX	•	XX	XX	•	•	•	•	

• bedeutet: kommt grundsätzlich in Frage (eventuell nur bedingt oder teilweise)

XX bedeutet: kommt in Frage und kann/soll stark zum Einsatz kommen

Tabelle 1

**Entwicklung der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika / Karibik
(Summe aller bilateralen und länderübergreifenden Zusagen)**

Jahr	Bilaterale ODA Nettoauszahlungen		Rahmenplanung FZ + TZ (Soll)			
	Mio. €	in % des globalen Portfolios	FZ Mio. €	TZ Mio. €	Summe FZ +TZ Mio. €	in % des globalen Portfolios
1990	461,6	12,5				
1991	417,9	10,8				
1992	444,1	10,6				
1993	484,3	12,7				
1994	365,5	10,6	152,0	66,3	218,3	11,9
1995	445,7	12,6	96,6	123,8	220,4	12,4
1996	657,0	18,8	100,0	136,7	236,7	12,5
1997	419,2	13,0	79,2	158,5	237,7	12,9
1998	419,4	13,4	111,7	91,8	203,5	13,3
1999	373,8	12,1	138,1	135,7	273,8	17,4
2000	375,5	12,9	64,4	59,8	124,2	12,1
2001	373,2	11,7	88,5	91,5	180,0	14,8
2002	376,9	10,7	81,0	64,0	145,0	10,8
2003	418,9	11,7	91,5	72,00	163,5	11,3
2004	533,5	17,3	91,0	60,0	151,0	10,5
2005	451,5	8,2	94,5	72,0	166,5	11,5
2006			83,0	56,2	139,2	10,4

Tabelle 2
Technische Zusammenarbeit „im weiteren Sinn“ mit Lateinamerika –
Deutscher Entwicklungsdienst und Integrierte Experten (CIM) *

	DED		CIM	
	Deutscher Entwicklungsdienst		Integrierte Fachkräfte	
	nach Lateinamerika entsandtes Personal	In % des globalen Portfolios	nach Lateinamerika entsandtes Personal	In % des globalen Portfolios
1990	179	19	161	21
1991	201	21	184	22
1992	223	22	180	22
1993	232	22	193	23
1994	239	24	179	22
1995	247	25	199	24
1996	257	25	193	24
1997	209	20	177	24
1998	207	22	196	24
1999	223	26	190	26
2000	234	24	181	22
2001	215	23	131	19
2002	229	24	111	17
2003	223	23	91	14
2004	198	22	98	15
2005	214	22	106	17
2006	196	20	125	18

* Für InWEnt liegen regional aufgeschlüsselte Daten erst ab 2005 vor. Die Ausgaben von InWEnt für Lateinamerika lagen 2005 bei 11,9 Mio. Euro (12,9 Prozent des globalen Portfolios), 2006 bei 13,8 Mio. Euro (15 Prozent des globalen Portfolios).

Quellen: BMZ, DED, CIM, InWEnt

Tabelle 3

**BMZ-Zuwendungen für kirchliche Hilfswerke, politische Stiftungen und private Träger
in Lateinamerika**

Jahr	Kirchenprojekte		Politische Stiftungen *	Private Träger (Titel 687 06) in Mio. €	
	Zusagen	Ausgaben	Zusagen	Zusagen	Ausgaben
1990	40	32,6		3,5	3,7
1991	39,1	37,6		3,2	4,2
1992	40,4	36,9		5,4	4,1
1993	39,5	40,1		4,8	3,7
1994	38,2	38,2		2,3	3,6
1995	38,5	34,9		3,0	3,2
1996	39,8	36,0		4,1	3,2
1997	38,9	36,0		3,8	3,7
1998	35,3	36,7		4,5	4,6
1999	35,7	33,4		4,1	3,8
2000	35,5	32,6	37,8	4,6	4,6
2001	36,1	34,3	46,3	5,9	5,1
2002	42,3	36,2	42,5	6,1	6,2
2003	40,9	35,5	44,2	6,4	4,7
2004	35,5	34,8	46,0	4,7	5,4
2005	41,6	37,6	49,4	6,5	5,9
2006	41,2	38,7	49,7	4,8	5,2

* ohne Zuwendungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Lateinamerika (da statistisch nicht erfasst)

Tabelle 4**Entwicklungspolitische Zusammenarbeit der multilateralen Geber und der Europäischen Kommission mit Lateinamerika**

Jahr	Weltbank*	Interamerikanische Entwicklungsbank		Europäische Union (ohne Inselkaribik)	
	(Millionen USD)	(Millionen USD)		(Millionen Euro)	
	Zusage	Zusage	Auszahlung	Zusage	Auszahlung
1996	4.438	6.766	4.316		
1997	4.563	6.048	5.468		
1998	6.040	10.063	6.635		
1999	7.737	9.486	8.387		
2000	4.063	5.266	7.069	278	195
2001	5.300	7.854	6.459	300	152
2002	4.366	4.549	5.837	333	182
2003	5.820	6.810	8.902	329	280
2004	5.320	6.020	4.232	312	314
2005	4.966	7.148	5.323	329	376
2006	5.911	6.379	6.486	356	343

* Die Angaben zur Weltbank (IBRD und IDA) beziehen sich jeweils auf Fiskaljahre (Fiskaljahr 2006: 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006). Der IDA-Anteil liegt seit 2002 zwischen 178 und 338 Mio. USD/Jahr.

Quellen:

Annual report on the European Community's Development Policy 2006, The World Bank Annual Report 2006, IDB Annual Report

Herausgeber

**Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

Dienstsitz Bonn

Postfach 12 03 22

53045 Bonn

Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0

Fax +49 (0) 228 99 535 - 35 00

Dienstsitz Berlin

Stresemannstraße 94

10963 Berlin

Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0

Fax +49 (0) 30 18 535 - 25 01

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de

Redaktion	Dr. Wolfram Klein, Dr. Reinhard Tittel-Gronefeld
Endredaktion	Gabriele Holleder
Verantwortlich	Dr. Reinhard Tittel-Gronefeld
Stand	Februar 2008

